

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pro Nummer 5 Pfennig, monatlich 1.50 RM, wöchentlich 30 Pfennig, frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfennig, Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfennig.
 Abonnement: 1.50 RM pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 1.50 RM, für das übrige Ausland 1 RM pro Monat.
 Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

erschint täglich.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsstelligen Rollenpreise oder deren Raum 60 Pfennig, für politische und gewerkschaftliche Inserate und Bekanntmachungen 30 Pfennig.
 „Kleine Anzeigen“, das ist jede Zeile mit 20 Zeichen (zählend 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfennig.
 Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 2. Dezember 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

In Richtung auf Bukarest!

Siegreiches Vordringen in der Walachei und gegen Bukarest. — Russische Entlastungstürme in den Karpathen und in der Dobrudscha.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 1. Dezember 1916. (B. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

An der Flota Lipa wiesen ottomanische Truppen mehrere russische Angriffe ab, stießen dem zurückstehenden Feinde nach und brachten ihm dabei schwere Verluste bei. Zahlreiche Gefangene wurden zurückgeführt.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Russen und auf dem Südwinkel Rumänen setzten ihre Entlastungsvorstöße in den Karpathen fort. Zwischen Jablonica-Pass und den Höhen östlich des Bedeus von Rezdviajarehly (Luftlinie 300 Kilometer) griff der Gegner erbittert an; auch gestern brachte hoher Einsatz von Blut und Munition an kaum einer Stelle der langen Front ihm Vorteile.

Vielfach gingen unsere Truppen zum Gegenangriff über und entrißen dem Feind Gelände, das er tags zuvor erobert hatte.

Besonders zeichneten sich am Smotrec die Warburger Jäger aus, die vorstehend sich über 40 Gefangene und 2 Maschinengewehre aus der feindlichen Stellung holten.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In Westrumänien suchen die von ihrer Armee abgeschnittenen rumänischen Truppen durch Einschlagen wechselnder Richtungen sich ihrem unvermeidlichen Schicksal zu entziehen. Gestern nahmen ihnen die deutschen und österreichisch-ungarischen Verfolger über 300 Gefangene ab.

Die über Campulung und Pitesti längs der Flußtäler in der Walachei vordringenden Kolonnen machten reiche Beute an Gefangenen, Geschützen und Fahrzeugen, insbesondere Waggons.

Gegen unsere vom Alt her vorgehenden Kräfte setzte sich der Feind an den zahlreichen Flußabschnitten zur Wehr; er wurde geworfen. Auch der Offensivstoß einer rumänischen Division, der unsere Kavallerie auswich, konnte unser Vorgehen nicht aufhalten.

Die Donau-Armee erlängte den Uebergang über die Reasiov-Niederung und nähert sich dem Unterlauf des Argeful in Richtung auf Bukarest.

Außer den hohen Verlusten haben die Rumänen gestern — die gemeldeten Zahlen anscheinlich — über 2500 Gefangene, 21 Geschütze, dabei 3 Mörser, eingebracht.

In der Dobrudscha griff der Feind den bulgarischen linken Flügel an; im Feuer brachen die angreifenden Massen zusammen. An dem Fehlschlag konnten auch englische Panzerkraftwagen nichts ändern, deren 2 vor den Hindernissen zerstört liegen blieben.

Mazedonische Front.

Die Truppen der Entente stießen wieder vergeblich gegen die deutsch-bulgarischen Stellungen nordwestlich von Monastir und bei Graniste (östlich der Cerna) vor.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 1. Dezember, abends. (B. T. B.) Im Somme-Gebiet Feuer auf beiden Flußufern zeitweilig ausbleibend.

In der Walachei Fortschritte.

Am linken Flügel der Dobrudscha-Armee scheiterten wiederholte Angriffe des Feindes, der erneut Panzerkraftwagen ohne Erfolg verwendete.

Nordwestlich Monastir und bei Graniste wurden Verstöße des Gegners abgewiesen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 1. Dezember 1916. (B. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die Donau-Armee dringt südwestlich von Bukarest gegen den unteren Argeful vor. Südlich von Pitesti und südlich und östlich von Campulung wurde durch die siegreichen Kolonnen der Verbündeten erneuter rumänischer Widerstand gebrochen. Die Einbuße des Feindes an Gefangenen betrug auch gestern mehrere Tausend, die Beute an Geschützen und Kriegsgerät ist groß.

Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Die Russen setzen nach wie vor alles daran, gegen die tapferen Truppen der Generale von Arz und von Koevch durchzubringen. Die Schlachtfrent erweiterte sich gegen Süden, da sich im Grenzgebirge östlich von Rezdviajarehly die Rumänen dem Angriffe anschlossen. Der Kampf wurde wieder mit größter Erbitterung geführt. An zahlreichen Stellen ging der Verteidiger zum Gegenangriff über. Der Erfolg war auch gestern ganz auf unserer Seite.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

An der Flota Lipa schlugen ottomanische Truppen einen russischen Vorstoß ab; sie folgten dem geschlagenen Gegner bis an seine Gräben.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der Geschützkampf südlich von Görz und auf der Karst-Hochfläche hielt in wechselnder Stärke an. Unser Feuer brachte mehrere Munitions- und Minendepots der Italiener zur Explosion.

Auch in einzelnen Kärntner und Tiroler Abschnitten herrschte lebhafter Artillerietätigkeit. Feindliche Flieger warfen ins Gesicht Bomben, ohne Schaden zu verursachen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Dörfner, Feldmarschalleutnant.

Trepow gelobt Asquith den endgültigen Triumph.

Nach der Petersburger Tel.-Agentur hat Ministerpräsident Trepow an Asquith ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt, er sei glücklich, Asquith erneut die Gefühle der russischen Regierung ausdrücken zu können, die mit Gottes Hilfe und im Zusammenwirken mit den Alliierten auf den endgültigen Triumph über den gemeinsamen Feind rechnen, ebenso auf die unlösliche Freundschaft zwischen den beiden Ländern, die für immer durch das für dieselbe Sache gemeinsam vergossene Blut geschlossen sei.

Unruhe und Kriegsmüdigkeit in Rußland.

Stockholm, 30. November. (B. T. B.) „Svenska Dagbladet“ erzählt von Augenzeugen aus Rußland, daß die Lebensmittelefrage immer brennender wird. Die Unruhe der Massen wachse ständig. In den Vorstädten von Petersburg fanden oft Zusammenstöße zwischen Kolonnen und Einwohnern statt. Das Blatt sagt fernerhin: Streikunruhen sind in letzter Zeit an der Tagesordnung, obwohl jetzt Streikende sofort in die Schützengräben geschickt werden. Die allgemeine Kriegsmüdigkeit greift von den Städten auf das Land über. Die Unzufriedenheit kann nur durch das Mittel unterdrückt werden, das in Rußland in kritischen Lagen immer angewendet wird, nämlich die harte Hand, die schlägt. Die jetzige Lage in Rußland, so schließt der Bericht des Schweden wörtlich, muß zu der Annahme bestimmen, daß man während des Winters und vielleicht ziemlich bald recht überraschende Neuigkeiten von dort hören wird. Trotz aller Ablehnungen steht Rußland vor einer Entscheidung; denn man ist sich allgemein darüber klar, daß der jetzige Zustand unhaltbar ist.

Nach einer Stockholmer Meldung der „Voss. Ztg.“ besagt ein Tagesbefehl des russischen Generalstabschefs vom 9. November, daß der dem Stabe des höchsten Befehlshabers zugeteilte Senator Trepugow nach Petrograd behufs Revision der dortigen Arbeiterbevölkerung im Zusammenhang mit den Vorgängen während der jüngsten Tage abkommandiert wird!

Es muß ein bißchen revidieren — mag sich Trepugow mit Wephistopheles sagen. Was — das sagen etwa die vorstehend abgedruckten Mittelungen.

Das Opfer der Arbeitsfreiheit.

Es wäre eine Vergeudung von Zeit und Druckerwärme, wollte man erst lange über die Tatsache debattieren, daß die Wirkungen des Dienstpflichtgesetzes für alle von ihm Betroffenen zunächst unangenehm sind. Es ist ein Gesetz, das dem einzelnen Zwang und Pflichten auferlegt, und eine Beschränkung der persönlichen Freiheit nimmt niemand gern hin.

Also ist das Gesetz abzulehnen? — Wenn man Flugblätter und Artikel der Arbeitsgemeinschaft und der noch radikalere liest, so wird da von nichts weiter geredet, als den Verdrießlichkeiten, den Nachteilen, die es den Arbeitern in Aussicht stellt. Und nachdem diese, selbstverständlich in der schwärzesten aller Tinten gemalt, aufmarschiert sind, kommt wie von selber der Schluß, daß auch nur ein Erwägen der Möglichkeit, ob man das Gesetz annehmen dürfe, Verrat der Arbeiterinteressen sei.

Diese Argumentation erscheint zunächst ungeheuer einleuchtend, sie ist ja auch so einfach und verständlich. Aber bitte — einen Augenblick nachdenken! Ist es wirklich Aufgabe des Volksvertreters, jedes Gesetz abzulehnen, das seinen Mandatgebern nur Lasten, nur Verpflichtungen bringt? Da fällt uns gleich eine Reihe von Gesetzen ein, die nur Pflichten bringen und gleichwohl als unentbehrlich von jedermann anerkannt werden. Steuergesetze, Wehrpflichtgesetze usw. Wie der Staatsbürger Rechte einerseits, Pflichten andererseits hat, so zerfallen auch die Gesetze in zwei Klassen: die, welche Rechte gewähren, und die, welche Pflichten auferlegen. Wann ist ein Gesetz der letzten Klasse anzunehmen? Sicher, wenn man erkannt hat, daß die Opfer, die es von einzelnen erheischt, im Interesse der Gesamtheit notwendig sind.

Und da kommen wir auf einen Punkt, der in jenen Flugblättern mit keiner Silbe erwähnt wird. Nirgends stoßen wir auf die Frage: „Wie ist man denn eigentlich darauf verfallen, der Bevölkerung dieses neue Gesetz aufzuerlegen? Etwa aus Unterdrückungswillen, aus Herrschergelüsten, aus Freude am Drangsalieren? Hat wirklich eine Regierung im Jahre 1916 plötzlich den perversten Wunsch verspürt, im deutschen Lande die Leibeigenschaft neu zu errichten?“

Ach nein, jetzt fällt es uns plötzlich wieder ein. Da draußen an der Somme, meterhoch in den lehmigen Boden eingegraben, harren mutig und ungebeugt viele hunderttausend der Unserigen aus, unsere Brüder, unsere Söhne, Freunde, unser liebstes Fleisch und Blut. Um sie bedrückt und berstet die Erde unter dem Trommelfeuer aus zehntausend Schländen, jenem Trommelfeuer, das heute die Weltgeschichte hämmert. Wohl bietet der Graben ersten Schutz, aber der Granatregen erobert ihn ein, Beton und Eisenschutzwahren zerstäuben wie Raif, gegen Granaten gibt es auf die Dauer nur eine Abwehr — selber Granaten!

Auch die Arbeitsgemeinschaft hat oft genug erklärt, daß sie die Niederlage Deutschlands nicht wolle, sie wünscht einen „Frieden ohne Sieger und Besiegte“. Glaubt jemand, daß solch ein Frieden dann noch etwa diplomatisch erreicht werden kann, wenn eine Partei militärisch niedergeworfen und zerschmettert worden ist? Und dies Schicksal droht heute jeder Partei, der die Granaten ausgehen.

Man komme uns nicht mit dem bequemen „Das ist unmöglich“, nämlich, daß Deutschland in jener Weise zu Boden gezwungen wird. Wer sich auf diesen billigen Gemeinplatz zurückzieht, dem empfehlen wir die Lektüre jener kleinen und feinen Hofscheschen Novelle, in welcher der Hofrat Stryp mit seinem ständigen „Es ist sehr möglich“ allemal gegenüber der Mitwelt in Rechte bleibt, jener Mitwelt, die nie für möglich halten will, was ihr unangenehm werden könnte. Es ist nicht nur möglich, ja, es ist sicher, daß es zu jener uns wie der Arbeitsgemeinschaft höchst unerwünschten verhängenden Niederlage Deutschlands kommen muß, wenn Deutschland in der Munitionserzeugung mit den ungeheuren Anstrengungen seiner Gegner nicht Schritt halten kann. Ein gleiches gilt natürlich, wenn infolge Mangels an Arbeitskräften die Landwirtschaft noch unter ihre jetzige Erzeugungsmenge heruntersinkt und somit der englische Nahrungserzeugungsplan gelingt.

Es kann gar nicht oft genug betont werden, daß eine deutsche Niederlage auch der Arbeiterchaft noch ganz andere Lasten und Beschwerden auferlegen würde als sie die zivile Dienstpflicht — leider — mit sich bringt. Um das größere Uebel abzuwenden, stimmen wir dem kleineren zu. Wir unterstellen uns der Dienstpflicht wie wir den Beitrag zur Gewerkschaft zahlen: gewiß nicht mit überwallender Freudigkeit, sondern in dem ernstesten Bewußtsein, daß die Opfer notwendig ist.

Freilich überhebt uns dies Bewußtsein nicht der Pflicht, das Gesetz nach allen Richtungen hin darauf zu prüfen, ob es nicht in der Freiheitsbeschränkung unnötig weit geht, ob

nicht Kautelen gegen Mißbrauch zu schaffen sind, ob nicht Schädigungen des einzelnen verhindert oder vergütet werden müssen.

Hierin hat der Reichstag am Donnerstag unter Vorangang der Sozialdemokratischen Fraktion ein gutes Stück Arbeit geleistet. Er hat die Garantien, welche die Regierung dem Gesetz in unverbindlichen „Richtlinien“ beigab, in vermehrter und verstärkter Form in das Gesetz selber hineingearbeitet. Der 30. November wird vielleicht einmal in der Geschichte als einen Siegestag der Gewerkschaften bezeichnet werden. Nicht um der Neugierlichkeit willen, daß sie vom Regierungstisch eine schmeichelhafte Anerkennung ihrer früher sooft verkanteten und verlästerten Tätigkeit erhielten. Nein, weil im ganzen Reichstag — mit Ausnahme vielleicht der wieder einmal isolierten Rechten — nur das eine Gefühl herrschte: Gegen die Gewerkschaften, ja auch nur ohne die Gewerkschaften können wir das Gesetz wohl machen, aber nicht durchführen.

Die wachsende materielle Macht der Gewerkschaften trat zum erstenmal im Parlament greifbar in die Erscheinung. Das „Rein“ der Gewerkschaftsführer wog der Reichstagsmehrheit — seltenes Schauspiel — mehr als das „Rein“ vom Regierungstische. Herr Helfferich, der es in seiner jetzigen Ressorttätigkeit als Hauptaufgabe betrachtet, jedem gesetzlich festzulegenden Fortschritt bürokratisches Mißtrauen, ministerielle Bedenken und juristische Spitzfindigkeit entgegenzustellen (man kann auch sagen: er läßt sich jede Konzession an den Fortschritt feigenweise aus den Zähnen ziehen), sah sich mehr und mehr in die Defensive gedrängt und beschwor schließlich das hohe Haus händeringend, das mit Sozialpolitik beladene Schiff nicht vollends zu überlasten. Aber es half ihm nichts. Während man in früheren Zeiten gewohnt war, daß 90 Proz. der sozialdemokratischen Verbesserungsanträge unter den Tisch fielen, wurde diesmal der weitaus größere Teil der im Arbeiterinteresse gestellten Anträge mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Dies Resultat war freilich nur möglich, weil die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sich nicht von vornherein von der Mitarbeit an dem Gesetz ausschlossen. Eine bloße Demonstrationspolitik hätte es nie erreicht. Das Gesetz wäre trotz alledem angenommen worden, aber mit einer Unzahl von Fallstricken, Freiheits- und Rechtsminderungen für die Arbeiter, die jetzt dank unserer wachsenden Tätigkeit ausgeschaltet sind. Der Entwurf muß wohl noch die dritte Lesung passieren, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Regierung inzwischen die Parteien zu veranlassen sucht, hier oder da ein paar Pföde zurückzustecken. Aber die feste Erklärung der Gewerkschaften „Ohne weitestgehende Garantien machen wir nicht mit!“ wird hoffentlich eine solche Rückwärtsrevidierung in letzter Stunde noch vereiteln.

Bei alledem liegt kein Anlaß zu lautem Jubel vor, weil in diesem Gesetz sozialpolitische Forderungen zum erstenmal durchgesetzt wurden, die jahrzehntelang Gegenstand erbitterter und für uns vergeblicher Kämpfe waren. Denn in seiner Gesamtheit bleibt das Gesetz bei allen Schutzmaßnahmen ein Opfer. Aber ein Opfer, das gebracht werden muß, damit wir uns nicht selbst zum Opfer unserer Feinde bringen.

Bringt Gerard die Friedensvermittlung?

Bethmann über ihre Aussichten.

Der amerikanische Botschafter, Herr Gerard, verläßt am 2. Dezember seine Heimat, um sich nach Berlin zurückzubehalten. In der „Deutschen Tageszeitung“ versichert Graf Reventlow, Herr Gerard bringt einen Friedensvermittlungsvorschlag der Vereinigten Staaten mit auf einer Grundlage, die vorher in ihren wesentlichen Teilen zwischen Washington und London vereinbart worden sei. Diese Nachricht, die den meisten Deutschen, aber auch den meisten Engländern, Russen, Franzosen usw. gar nicht unangenehm in die Ohren klingt, versieht der alldeutsche Publizist mit folgenden Bemerkungen:

Herr Scheidemann hat sich ja neulich in der Lage gesehen, in einer langen Fundendepêche den Amerikanern mitzuteilen, er mühte sich auch das deutsche Volk und dessen Regierung, seien bereit, alles, was belgisch gewesen sei, belgisch und alles, was französisch gewesen sei, französisch werden zu lassen. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß Herr Scheidemann schon vor Wochen in positiver Form im „Vorwärts“ erklärte, neutrale Friedensvorschläge würden nicht auf sich warten lassen. Diese beiden Tatsachen seien nur zur Beleuchtung der höchst eigentümlichen Situation erwähnt, welche durch die Scheidemannsche Depêche und Depêche in Belgien im Vereine mit der amerikanischen antideutschen Politik entstanden ist, und für welche erstere die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bis zur Stunde kein Wort gefunden hat.

Die Voraussetzung für den Friedensschluß auf Grundlage der bekannten Formel Scheidemanns sei nach amerikanischer Ansicht anscheinend gegeben, „habe doch selbst Herr Scheidemann, der Führer der allmächtigen sozialdemokratischen Partei, jedenfalls auch im Einverständnis mit der Regierung, die unbedingte Rückgabe Belgiens und Nordfrankreichs als selbstverständlich bezeichnet.“

Graf Reventlow steht aber in allen Friedensbestrebungen nur die berühmte „Falle“ für Deutschland. England pfeife auf dem letzten Loch und wolle sich durch die Vermittlung Washingtons retten.

Nicht viel mehr Gefallen als der Scheidemannsche Fundpruch dürfte bei unseren schreibenden Bis-ans-Ende-Kriegern eine Unterredung finden, die der Reichskanzler mit dem Berliner Vertreter der „New York American“ gehabt hat und über deren Verlauf die „Kölnische Ztg.“ ausführlich berichtet:

Der amerikanische Journalist machte darauf aufmerksam, daß die Rede des Reichskanzlers vom 9. November in der Vertagung der Präsidentenwahl dem amerikanischen Volke nicht genügend zur Kenntnis gelangt sei und er betonte mit Entschiedenheit, daß seine Landeskunde an den Auslassungen des Kanzlers über eine internationale Vereinbarung zur Sicherung des Friedens ein ganz besonders hervorragendes Interesse hätten.

Der Kanzler zitierte darauf die Erklärungen, welche die verantwortlichen Staatsmänner von drei Großstaaten zur Frage der künftigen Friedenssicherung abgegeben haben; die schon bekannten Stellen aus seiner Rede vom 9. November, die markantesten bezüglichen Aussprüche Asquith und des Präsidenten Wilson. Der Kanzler bemerkte dazu: „Ich möchte wissen, ob irgend jemand, der diese Reden nicht kennt, sagen könnte, von welchem Staatsmänner diese Äußerungen kamen.“

Was die Kommentare der englischen Presse zur letzten Kanzlerrede betrifft, so meinte der Kanzler, es scheine, als ob diese Presse den Auftrag erhalten habe, seine Worte über die Bereitschaft

Deutschlands, sich einer Friedensvereinbarung anzuschließen, als fälschlich zu deuten, als ob sich hinter diesen Worten irgendwelche verwerfliche politische Absicht verberge.

Der Kanzler betonte, daß seine Worte nichts anderes bedeuteten, als die

aufrichtige Bereitschaft Deutschlands, an der Sicherung des Weltfriedens mitzuarbeiten.

Die Unterredung wandte sich darauf dem neuen Hilfsdienstgesetz zu. Der Kanzler sagte: „Ich glaube, nie zuvor ist eine Mobilmachung nationaler Energie in diesem gewaltigen Maßstabe erfolgt. Das deutsche Volk ist absolut entschlossen, diesen Krieg zu Ende zu führen, und in diesem Entschluß rufen wir die ganze Kraft eines einzigen Volkes auf. Jedoch dieser Entschluß, so gewaltig in seinem Umfange und so sicher in seinem Ergebnis, bedeutet in keiner Weise eine Zurücknahme meiner Worte vom 9. November oder eine Veränderung der Anschauung, die ich seit über einem Jahr im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes ausgesprochen habe.“

Wieder und wieder haben wir uns bereit erklärt, in Friedensverhandlungen einzutreten.

Unsere Äußerungen haben niemals einen Widerhall gefunden, an manchen Stellen sind sie sogar als Äußerungen der Schwäche und Furcht gedeutet worden. Sicherlich beweisen die Ergebnisse des vergangenen Jahres genügend, daß wir damals nicht aus Schwäche oder Furcht sprachen. Die Ergebnisse des kommenden Jahres werden zeigen, daß, wenn wir an unserer Bereitschaft, eine Beilegung des Streites zu erwirken, festhalten, wir lediglich dem Gebot der Menschlichkeit folgen, nicht aber dem der Furcht. Ich spreche ohne jede Befürchtung hinsichtlich des Ausgangs des großen Kampfes, wie lange er auch noch dauern möge, aber in dem ersten Bewußtsein der Heiligkeit des Lebens, das uns von einer höheren Macht geschenkt wurde, und das nicht leichtfertig gerührt werden darf insolge menschlicher Missethaten, die gemeinsame Bemühungen zu befechtigen imstande wären.

Der Kanzler schloß: „Wenn unsere Feinde nicht einsichtig sind und ihre hoffnungslosen Anstrengungen fortsetzen wollen, so können wir nur fortfahren, sie den schweren Preis ihrer Torheit zahlen zu lassen. Die deutsche Seele ist entschlossen und nicht niederzudrücken. Gegen unsere feste, weit hingezogene Linie stürmen die Wellen der Angreifer vergeblich. Auf keiner Stelle der Front brauchen wir irgendwelche Vorsehrung zu hegen. Morgen beginnen wir eine Verteidigungsmahregel von überwältigender Größe. Indessen während das deutsche Volk mit unerschütterter Entschlossenheit den Kampf weiterführt, solange er nötig ist, um die Sicherung unserer nationalen Bestimmung zu erreichen, war und ist es stets

unser Wunsch, die Betätigung des Friedens sobald wieder aufnehmen, als es uns möglich ist.“

Wenn es also wahr sein sollte, daß der Botschafter Gerard Vorschläge zur Friedensvermittlung über den Ozean mitbringt, so wird er darauf rechnen können, in Berlin freudliches Gehör zu finden. Daß solche Vorschläge sorgfältig geprüft werden müßten, daß Deutschland nicht bereit und nicht gezwungen ist, Frieden um jeden Preis zu erkaufen, ist selbstverständlich. Aber der Wunsch besteht, daß die Prüfung von Vermittlungsvorschlägen auf beiden Seiten zu einem Ergebnis führen möchten, das den Beginn von Verhandlungen ermöglicht.

Veider aber ist in England und Frankreich die Richtung Reventlow noch stärker vertreten und in ihrem Einfluß auf die auswärtige Politik mächtiger als bei uns. Darum wird man sich über die Aussichten einer Friedensvermittlung keinen Illusionen hingeben. Man wird aber noch weniger aufhören, für sie zu arbeiten.

Deutschland und Norwegen.

Dr. Michahelles über die U-Bootsfrage.

Kristiania, 30. November. (B. Z. B.) Der kaiserliche Gesandte Dr. Michahelles hat dem Mitarbeiter von „Dagbladet“ und „Stavanger Aftenbladet“ eine längere Unterredung gewährt, in der nochmals der deutsche Standpunkt in den U-Bootsfragen dargelegt wird.

Der Gesandte betonte besonders, daß Deutschland keinerlei Sonderbehandlung, weder der Kriegs- noch der Handels-U-Boote dulden könne. Norwegen habe als einziger neutraler Staat durch Sondervorschriften für U-Boote beider Art im Sinne der Entente den Anschein erweckt, als wolle es sich der Auffassung der Entente anschließen. Die Note sei deshalb in Deutschland als eine gegen deutsche Interessen gerichtete unfreundliche Handlung aufgefaßt worden. Die norwegische Regierung habe jedoch inzwischen weitere Aufklärung gegeben. Die Verhandlungen dauerten fort, über die er Auskunft nicht geben könne.

Vor allem unterstrich der Gesandte fernerhin den Umfang und die Bedeutung des Panzertransportes durch norwegische Schiffe, durch die der Krieg verlängert werde. Dagegen müsse sich Deutschland mit allen völkerrechtlich erlaubten Mitteln wehren, um auch dadurch auf das große Ziel hinzuwirken, den Krieg durch einen baldigen für Deutschland günstigen Frieden zu beenden zum Heil auch der neutralen Staaten. Die neuesten Lebensmittel- und Transportreisen in England, Frankreich und Rußland zeigten die scharfe Waffe, Deutschland werde sie sich nicht nur nicht aus den Händen winden, sondern auch nicht entschärfen lassen. Eine Hauptlinie der deutschen auswärtigen Politik sei, daß die deutschen Kriegs- und Handels-U-Boote ungehemmt durch Ausnahmebestimmungen irgendeines Seestaates die Wogen aller Meere befahren können.

Bezüglich der Norwegen besonders interessierenden Frage nach der Rettung von Menschenleben bei Versenkung von Schiffen sei alles Menschennögliche getan worden, was sogar von norwegischen Seeleuten öfter öffentlich anerkannt worden sei. Etwas neue norwegische Vorschläge, die Rettungsmittel zu verbessern, würden deutscherseits sicherlich gern in Erwägung gezogen werden. Die norwegischen Behörden müßten aber ihrerseits eine schärfere Aufsicht über die Seetüchtigkeit und Ausrüstung von Rettungsbooten besonders der älteren Schiffe ausüben als bisher. Weiter äußerte der Gesandte, daß, falls die norwegische Regierung Rücksicht auf die deutschen grundsätzlichen Gesichtspunkte für die Behandlung der U-Boote nähme und positive Beweise gäbe, daß sie auf die Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen mit dem Deutschen Reich Gewicht lege, dann die jetzige deutsche Mißstimmung gegen Norwegen wieder verschwinden werde. Deutschland werde die schwierige Stellung Norwegens in Betracht ziehen, müßte aber energisch von einem wahrhaft neutralen und unabhängigen Norwegen erwarten, daß es die deutsche Kriegführung und Volkswirtschaft nicht unbilligermassen schlechter behandle, als die Gegenseite.

Der Gesandte schloß: Wenn Deutschlands Gegner endlich eingesehen haben werden, daß sie uns den Sieg nicht mehr zu entreißen vermögen und eine Fortsetzung des Krieges ihre Lage immer nur noch mehr verschlechtert, dann wird auch dieser Krieg sein Ende nehmen. Müßten dann nach Beseitigung der augenblicklichen Schwierigkeiten und Mißstimmungen das deutsche und das norwegische Volk unter den Segnungen des Friedens wieder gute Freunde sein und bleiben. Ein solcher Zustand wird beiden Nationen zum Vorteil gereichen.

Die Änderung in der englischen Admiralität

Die gesamte englische Presse beschäftigt sich naturgemäß mit der Aenderung in der Admiralität und besonders die konservativen Blätter sind äußerst zufrieden, daß hiermit einer ihrer Hauptwünsche erfüllt wird, denn sie erwarten von den neuen Männern ein aggressiveres Vorgehen der Flotte. Auf gestern wurde eine große Versammlung von Geschäftsleuten der Londoner City abgehalten, die die Forderung einer energischeren Flottenpolitik festlegen soll. Vor allem wird die Beseitigung der U-Bootsfrage gefordert. Das ging deutlich aus einer Äußerung der „Daily Mail“ hervor, die vor etwa Wochenfrist aus Anlaß des „Britannic“-Unterganges, den das Blatt einem U-Bootsangriff zur Last legte, schrieb: „Das britische Volk muß sich auf solche tragische Vorfälle vorbereiten und auch auf viel teurere Lebensmittel, wenn das gegenwärtige Regime bei der Admiralität fortbauert. Der U-Bootsangriff muß unterbunden werden, bevor er uns gerührt, und zwar schnell. Dafür brauchen wir die äußerste Kraft und Energie bei der Admiralität und dem Auswärtigen Amt — eine Energie, die in dieser bedauerndwertigen Angelegenheit nirgends gezeigt wurde. Wird nichts unsere Regierung aufwachen?“

Der Widerstand Griechenlands.

London, 30. November. (B. Z. B.) Unterhaus. In Beantwortung einer Anfrage betreffend die neue Lage, die durch die Weigerung der griechischen Regierung geschaffen sei, gemäß der Forderung der Alliierten die Waffen auszuliefern, erklärte Lord Robert Cecil: Admiral Journal hat die griechische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß er, sofern ihm nicht die Artillerie im Laufe des morgigen Tages ausgeliefert werde, gezwungen sein werde, gewisse Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die Natur dieser Gegenmaßnahmen kann nicht im voraus bekanntgegeben werden.

Athen, 30. November. (B. Z. B.) Reuter meldet abends: Die Regierung hat dem Admiral Journal geantwortet, daß sie sich endgültig weigere, die Waffen auszuliefern.

London, 1. Dezember. (B. Z. B.) „Daily Telegraph“ meldet aus Athen vom 30. November: Der König hat angeordnet, daß das 1. Armeekorps gegen die Befestigung griechischer Gebäude, die bereits von griechischen Truppen besetzt sind, Widerstand leisten solle.

London, 1. Dezember. (B. Z. B.) Der Athener Korrespondent des „Daily Telegraph“ hatte am Mittwoch eine Unterredung mit Admiral Journal auf dessen Flaggschiff. Der Admiral sagte dem Korrespondenten aus, warum er in seinem Brief an die Regierung einen langen Termin bewilligt habe. Die Waffen befänden sich nicht in Athen und deshalb sei es notwendig gewesen, zur Ueberbringung der Waffen nach Orien, wo die Ablieferung stattfinden könne, entsprechend viel Zeit zu gewähren. Der Admiral sagte, er müsse auf der Ablieferung aller Waffen bestehen. Die Ententeleistungen seien sich über die Notwendigkeit, sie zu besitzen, einig. Man habe ihn gefragt, ob er auch den Soldaten die Gewehre aus der Hand reißen wolle; er sei aber der letzte, so etwas zu wünschen. Der König sei für eine friedliche Lösung. In seiner Umgebung befänden sich aber einige überspannte Personen, die „plus royaliste que le roi“ seien. Wenn die Regierung bei ihrer Weigerung bleibe, werde er Truppen landen lassen und die Punkte, die in Betracht kämen, besetzen. Journal schloß: Ich verführe über Marinesoldaten und Truppen und über das beste schwere Geschütz. Ich hoffe, daß kein Blut fließen wird. Was mich betrifft, so habe ich die Versicherung gegeben, daß kein Marine- oder Soldat der Entente den ersten Schuß lösen wird.

Wie die „Köln. Volksztg.“ aus Sofia berichtet, sagte der bulgarische Gesandte in Athen, Kasarow: Unsere Ausweisung hat uns kaum überrascht, denn wir wußten, daß der Vierverband alles aufbieten werde, uns zu entfernen, um weiter rücksichtslos ohne Zeugen arbeiten zu können. Der Eindruck der rumänischen Katastrophe sollte unbedingt abgeschwächt werden, und da konnte uns der Vierverband nicht brauchen.

„Immer noch.“

London, 30. November. (B. Z. B.) Unterhaus. Bei Erörterung der Wirksamkeit der englischen Blockade Deutschlands sagte Lord Robert Cecil: Ich kann sagen, daß im großen und ganzen jetzt keine überseeischen Zufuhren mehr Deutschland durch neutrale Länder erreichen, wenn auch Beispiele von Schmuggel und gelegentlichem Durchschlüpfen durch die Seepatrouillen immer noch vorkommen.

Diese Beispiele liefern vor allem das Handelsboot „Deutschland“, das „immer noch“ die Blockade zu brechen versucht.

Aber die Seeblockade tut's durchaus nicht allein. Denn eben jetzt, wo Lord Cecil mit Wohlgefallen feststellt, daß der Würgerring geschlossen sei, geht der Vollkommenheit des Ausbungerungsplanes mit der Walahei ein schwerwichtiges Stück verloren. Und wahrscheinlich nicht bloß „gelegentlich“.

Das österreichische Volksernährungsamt

(Genosse Dr. Renner im Direktorium)

beginnt am 1. Dezember seine Wirksamkeit. Sein Statut sieht die Schaffung eines den beteiligten Bevölkerungskreisen entnommenen Direktoriums und Ernährungsrates vor sowie die Heranziehung sachmännischer Beiräte. Dem Direktorium werden angehören u. a. die Reichstagsabgeordneten Fink (Christlich-sozial), Freiherr (deutsch-national) und Dr. Renner (Sozialdemokrat), sowie Generalkassaboberst Wallenstorfer. Der Präsident trifft die Entscheidungen aus eigener Sachvollkommenheit, ohne an die Zustimmung anderer Zentralstellen gebunden zu sein. Das Amt für Volksernährung verfährt unmittelbar mit allen staatlichen autonomen Behörden und Beamten. Dem Präsidenten steht bei der Leitung der Geschäfte ein Direktorium zur Seite. Als Vermittlungsorgan zwischen Amt und Bevölkerung dient ein aus mindestens vierzig Mitgliedern bestehender Ernährungsrat. Für die Schaffung des neuen Amtes war nach einer halbamtlichen Mitteilung folgende Erwägung maßgebend: Verlässliche Sicherung des Durchhaltens im Kriege. Ein Kopf muß denken, ein Arm handeln. Eine Vermehrung der vorhandenen Vorräte ist augenblicklich und unmittelbar nicht möglich. Der Schwerpunkt der Tätigkeit des Amtes wird jedenfalls auf dem Gebiete der Verteilung der Nahrungsmittel zu suchen sein, wobei es sich hauptsächlich um folgendes handelt: Verlässliche Erfassung der Vorräte, Verbindeung ihrer Zurückhaltung von Vorräten, planmäßige Verteilung im Großen an die Konsumpläne wo Bedarf herrscht, und an diesen gerechte Aufteilung an die Konsumenten; angemessene Preisregelung; die Zwischengewinne müssen eingeschränkt werden.

Die australische Regierung für kräftige Kriegspolitik.

Melbourne, 30. November. (B. Z. B.) Reuter meldet: Im Repräsentantenhaus erklärte heute Bundes-Premierminister Hughes, die Regierung werde alles einer kräftigen Kriegspolitik

unterordnet. Um die Hilfsquellen der Vereinigten Staaten von Australien bis zum äußersten auszunutzen und den Erfordernissen des Krieges zu begegnen, würden die ordentlichen Ausgaben eingeschränkt und strenge Sparsamkeit beobachtet werden.

Die Bundesminister und die Minister der Einzelstaaten sowie Parlamentsmitglieder sind zusammen mit Hughes an der Ausarbeitung eines Rekrutierungssystems beschäftigt.

Der Seekrieg.

Schwedischer Protest.

Kopenhagen, 30. November. „Nationaltidende“ meldet aus Malmö: Der schwedische Gesandte in Berlin erhielt von seiner Regierung Anweisung, bei der deutschen Regierung gegen die Aufbringung des schwedischen Dampfers „Kefjerv“ Einspruch zu erheben. Dieser stützt sich darauf, daß das Schiff sich nach der Ausbringung mehrere Stunden vor Malmö auf schwedischem Gebiet befunden habe, wodurch die Ausbringung ihre Geltung verloren habe.

Ein Hospitalschiff vogelfrei.

Die bulgarische Regierung hat den Regierungen der kriegsführenden Staaten mitgeteilt, daß der Dampfer „Bulgaria“ der bulgarischen Schwarz-Meer-Gesellschaft in ein Hospitalschiff umgewandelt worden ist. Rußland hat mit förmlicher Erklärung geantwortet, daß sie das Schiff nicht als Hospitalschiff anerkennen werde, weil zwei russische Spitalschiffe von der türkischen Flotte berührt worden seien, während nach den vom türkischen Generalstab abgegebenen einschiedenen Erklärungen die Versenkung dieser Schiffe erfolgte, nachdem sie Feindseligkeiten gegen osmanische Schiffe erlitten hatten. Die bulgarische Regierung hat in einer neuerlichen Note gegen diese Art der Auffassung der Grundzüge der Genfer und Haager Konventionen Verwahrung eingelegt und Vergeltungsmahregeln angedroht.

Ein U-Boot erbeutet ein Flugzeug. Ein deutsches U-Boot traf dieser Tage vor der Themsemündung ein dort treibendes havariertes englisches Flugzeug. Die Insassen, zwei englische Offiziere, wurden zu Gefangenen gemacht und das Flugzeug vernichtet.

Versenkt. Laut Hochmeldung wurden versenkt der norwegische Dampfer „Bord“ (819 Tonnen), der englische Dampfer „Lucifer“ (2048 Tonnen), der Dreimaster „Lady of the Lake“. „Echo de Paris“ meldet aus Marseille die Versenkung des italienischen Dampfers „Della Belli“. „Lloyd“ meldet, daß der Dampfer „Readwell“ versenkt wurde. Ein großes feindliches U-Boot griff am Nachmittag des 28. 11. die Fischflotte von Vigram an. Zwei Fischdampfer wurden durch Geschützfeuer und Bomben zum Sinken gebracht. Ein anderer war, als er zuletzt gesehen wurde, im sinkenden Zustande. Das U-Boot feuerte auf die Boote, nachdem die Fischdampfer verlassen worden waren. Die Geschosse gingen über die Köpfe der Besatzung hinweg. Die Kapitäne und Besatzungen der drei Fischfahrzeuge wurden gelandet.

Die Versenkung der „Blommersdyk“. Aus Amsterdam meldet B. T. B.: Der Schiffahrtsrat hat in der Angelegenheit der Versenkung des Dampfers „Blommersdyk“ dahin erkannt, daß der Kapitän des Dampfers berechtigt war, die Reise von New York nach Rotterdam zu unternehmen, und daß er alles ihm Mögliche getan hat, um die Versenkung zu verhindern, daß er aber der gegen ihn angewandten Gewalt weichen mußte.

Kleine Kriegsnachrichten.

Gemüseausfuhr aus Holland verboten. Haag, 30. November. (B. T. B.) Die Ausfuhr aller gefolgerten, getrockneten oder auf andere Weise konservierten Gemüses ist verboten.

Keine Kriegsmaterialdurchfuhr durch Schweden. Stockholm, 1. Dezember. (B. T. B.) Das Schwedische Telegraphenbureau meldet: Wegen der wiederholt in verschiedenen Blättern veröffentlichten Artikel betreffend die Möglichkeit, daß von England die Durchfuhr von Kriegsmaterial durch Schweden verlangt werde, ist die hiesige englische Gesandtschaft ermächtigt worden, zu erklären, daß die englische Regierung ein solches Verlangen niemals an die schwedische Regierung gerichtet hat und auch nicht in Zukunft zu richten beabsichtigt.

Die nordholländischen Staatenlosen. „Nationaltidende“ meldet: Das neue Gesetz über die nordholländischen Staatenlosen bringt Dänemark mehrere Tausend neue Untertanen. Das Ministerium des Innern versuchte die Anzahl von Staatenlosen festzustellen. Man mußte den Plan aber aufgeben, da zuverlässige Mitteilungen über alle Personen, die von dänischen Eltern geboren wurden, nicht zu erlangen sind.

Dementi zum Abtransport der belgischen Arbeitslosen. Berlin, 30. November. (B. T. B.) Neutrale Zeitungen veröffentlichten aus London distanzierte Telegramme, nach denen die Bevölkerung der belgischen Stadt Lesties gegen die deutschen Behörden offen rebelliert habe. Der Magistrat dieser Stadt sei daher verhaftet worden und seine Bestrafung entgegen. Auch sollen in den besetzten Gebieten Belgiens Unruhen gegen die deutschen Behörden vorgekommen sein und zu Störungen der öffentlichen Ordnung geführt haben. Tatsächlich gibt es in Belgien keine Stadt Lesties; offenbar ist hier die in der neutralen Presse genannte Stadt Lestines gemeint. In diesem Ort hat weder eine Revolte stattgefunden, noch ist der Magistrat verhaftet oder bestraft worden. Auch im übrigen sind in ganz Belgien Zwischenfälle beim Abtransport der Arbeitslosen nicht vorgekommen.

Die polnischen Legionen in Warschau. Die Wolffs Bureau aus Warschau meldet, zogen gestern die polnischen Legionen unter dem härmischen Jubel der ganzen Bevölkerung in die festlich geschmückte Stadt ein. Auf dem Sachsenplatzritt Generalgouverneur von Beseler unter den Klängen der polnischen Nationalhymne die Front ab. Dann hielt er in einer Ansprache die Truppen in der Hauptstadt ihres Vaterlandes willkommen.

Das „Nationalbrot“ in England. London, 1. Dezember. (B. T. B.) Neutermeldung: Die Nationale Bäckervereinigung hat beschlossen, vorzuschlagen, daß das neue Brot „Nationalbrot“ genannt werde. Die Bäcker von Birmingham beschließen, vom 4. Dezember an den Preis des Vierpfundbrotes um einen halben Penny zu erhöhen, da das neue „Nationalmehl“ um einen Schilling teurer sei als das gewöhnliche Mehl.

Rücktritt des holländischen Finanzministers. Haag, 1. Dezember. (B. T. B.) Das Korrespondenzbureau meldet, daß der Finanzminister van Gijn der Königin seine Demission angeboten hat.

Requirierung von Schiffsräumen in Holland. Amsterdam, 1. Dezember. (B. T. B.) Die Regierung hat jetzt 75 Proz. des ganzen Schiffsräumens der Dampfer der Gesellschaften Rederland, Rotterdammer Lloyd und Ocean für die Anfuhr indischer Produkte zur Ernährung von Menschen und Vieh requiriert. 25 Proz. des Raumes der Postdampfer werden für denselben Zweck beansprucht werden. Der freibleibende Schiffsräum wird für Tee, Kaffee, Tabak, Chinareine und kleinere Produkte des indischen Marktes reserviert werden. Diese Maßregel war wegen der Schwierigkeiten beim Bezug der nötigen Futtermittel aus Nord- und Südamerika nötig geworden.

Neuer-Bureau verkauft. Reuters Telegram Company ist für den Preis von 550 000 Pfund Sterling an Mark Napier, Lord Glenconner, Lord Peel und Sir Star Jemelson verkauft worden. (B. T. B.)

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstag.

Gegen Steuerdrückeberger. — Kleine Anfragen, verschiedene Antworten.

Im Gegensatz zu der seltenen Länge der zwölfstündigen Dauerung am Donnerstag war die Freitagssitzung des Reichstages von einer seltenen Kürze. In einer guten halben Stunde war die Sitzung beendet. Auf der Tagesordnung stand allerdings nur ein einziger Beratungsgegenstand, ein von Mitgliedern aller größeren Parteien eingebrachter Gesetzesentwurf, der das Kriegssteuergesetz in einem notwendigen Punkt ergänzen soll. Es wird von Steuerpflichtigen der geschätzte Versuch unternommen, die Höhe ihres kriegssteuerverpflichtigen Vermögens durch Vorausbezahlung ihrer Steuerbeträge, durch hohe Lebensversicherungen und auf andere Weise zum bevorstehenden Veranlagungstermin am 31. Dezember herabzubringen und dem Reiche dadurch erhebliche Steuerbeträge vorzuenthalten. Diesem Mißbrauch schiebt das neue Gesetz unter Schonung der kleinen Versicherungen einen Kiegel vor. Es wurde fast debattelos durch alle drei Lesungen hindurch verabschiedet.

Im übrigen wurde eine Reihe von Anfragen aus dem Hause erledigt, von denen besonders zwei eine kurze Betrachtung verdienen. Eine Anfrage des Herrn Wassermaun erkundigte sich nach den näheren Umständen der Vertreibung der Bierbundgesandten aus Athen. Der neue Staatssekretär des Auswärtigen, Herr Dr. Zimmermann, beantwortete die Anfrage persönlich und benutzte die Gelegenheit, sich nach der Beantwortung der Anfrage dem Reichstage in seiner neuen Eigenschaft als Staatssekretär vorzustellen und versicherte zugleich, daß er seinerseits stets alle Anregungen und Wünsche des Reichstages gern berücksichtigen wolle.

Um so unangenehmer stach dagegen das Verhalten des Reichsrats des Innern ab, obwohl dafür diesesmal nicht der Staatssekretär selber, sondern einer seiner wichtigsten Mitarbeiter, der Ministerialdirektor Dr. Sewald, das Wort führte.

Es handelte sich um eine Anfrage des Genossen Cohn von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, die Auskunft über die Rechtsbeschränkungen verlangte, die man dem in Schutzhaft Genossen Dr. Franz Mehring auferlegt. Die diesem als Angeklagten zustehenden Rechtsgarantien werden aufgehoben oder doch in unglücklicher Weise verkürzt, indem man ihn in der militärischen Schutzhaft festhält. Als Gen. Cohn seine Anfrage ergänzte, hatte Herr Sewald inzwischen seine beiden Hände in seine beiden Hosentaschen vergraben und er brachte sie auch nicht heraus, als er auf die Ergänzung der Anfrage eine schroff dernelmende Antwort gab. Als Genosse Cohn eine weitere berechtigte Ergänzung seiner Anfrage einbrachte, ließ Herr Sewald auch jetzt die Hände immer in ihrer erwiderten Umhüllung und antwortete mit verlegender Rücksichtslosigkeit: „Ich verzichte auf eine weitere Antwort!“

Was hatte Herr Sewald überhaupt zu verzichten? Die Anfrage ging an den Herrn Reichstanzler. Diesen so festzulegen war nicht sein Recht und es entsprach auch wohl kaum — so wollen wir wenigstens hoffen — den Absichten des Reichstanzlers selbst.

Am Sonnabend steht die dritte Lesung des Hilfsdienstgesetzes auf der Tagesordnung. Dagegen ist dem Reichstage keine Beratungsvorlage zugegangen. Er wird dieses Mal also nicht auf kaiserliche Verordnung beschränkt werden, sondern sich auf eigenen Beschluß vertragen, so daß er auch jederzeit durch seinen Präsidenten wieder zusammenberufen werden kann. Die Sitzung beginnt ungewöhnlich früh: morgens um 9 Uhr.

Industrielle, Sozialdemokratie und der Hilfsdienst.

In Berlin hatten sich dieser Tage, wie die „Nat.-Ztg.“ erfährt, 600 Vertreter der Fachverbände der deutschen Industrie versammelt, um die Wirkungen des neuen Hilfsdienstgesetzes zu besprechen.

Im Verlaufe der Aussprache wurde auch dem Bedauern Ausdruck verliehen, daß bei einer Wirtschaftsfrage von solcher Bedeutung, wie sie der Hilfsdienst darstelle, die Sozialdemokratie die Gelegenheit benutze, um politische Machtfragen ins Spiel zu bringen.

In diesem Bedauern liegt zugleich die Anerkennung mit eingeschlossen, daß die Sozialdemokratie bei der Beratung des Hilfsdienstgesetzes die Interessen der Arbeiterklasse verfolgt hat. Aber dazu ist sie doch da!

Wunschzettel an den Weihnachtsmann.

Dietrich Schäfer schreibt in der „Unabhängigen Nationalkorrespondenz“ über „unser französisches Kriegsziel“:

Den Gebieten, die wir besetzt halten, gehört ein Teil der Bevölkerung des Landes an. Für Frankreichs wirtschaftliches Leben fallen sie noch viel schwerer ins Gewicht; sie sind seine industriereichsten Teile und steuerträchtig erheblich über den Durchschnitt hinaus. Frankreich entbehrt sie schmerzhaft. Sie schätzen in sich die an Reiz und unser lothringisches Industriegebiet angrenzenden Erzecken von Briey und Longwy, deren frühzeitiger Besitz für uns eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Ob und wie weit sonst noch Teile des heute von uns besetzten französischen Gebietes beim Friedensschluß festzuhalten sind, ist eine militärische Frage, ebenso, ob Vandesreile, die noch nicht in unserem Besitze sind, wie Belfort, der Bestabhang der Vogesen, Loul, Verdun und Teile der Kanalküste genommen werden müssen.

Singen wir doch lieber gleich: Das ganze Frankreich soll es sein!

Nach dem Willen des „Vorwärts“! Die „Kreuzzeitung“ beschäftigt sich mit unserem gestrigen Artikel „Durch Wahrheit zum Frieden“ und meint dabei, daß auch der Reichstanzler die Möglichkeit eines Friedensschlusses reichlich optimistisch beurteilt. Eine kurze Wiedergabe unserer Ausführungen schließt sie dann mit der Bemerkung:

„Nach dem Willen des „Vorwärts“ werden wir also die Milliardenlast dieses Krieges für die nächsten Generationen mit uns zu schleppen haben. Wie dabei die wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit gewahrt werden soll, die auch die Sozialdemokratie als ihr Kriegsziel vertritt, ist das Geheimnis des „Vorwärts“.“

Das ist ein gewolltes Mißverständnis. Der Krieg ist doch nicht nach dem Willen des „Vorwärts“ entstanden. Nicht nach dem Willen des „Vorwärts“ kämpfen wir gegen vielfache Ueberzahl. Und der beste Wille weder des „Vorwärts“ noch der „Kreuzzeitung“ kann etwas an den Tatsachen ändern, die allein — und nicht unser Wünsche und Wollen — wir unseren Ausführungen zugrunde gelegt hatten. Die wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit Deutschlands nach diesem furchtbaren Abbruch wird aber durch sozialistische Organisation aller wirtschaftlichen Kräfte gewährt werden.

Und wieder Helfferich! Zu einer Anfrage des Zentrumsabgeordneten Dr. Trendel, die mehr als nur einen Vertreter der Landwirtschaft beim Reichskommissar für Uebergangswirtschaft fordert, erklären die „Berliner Pol. Nachrichten“:

„Mit Rücksicht auf die Zweckbestimmung, die es erforderlich erscheinen läßt, daß als Mitarbeiter nur solche Personen tätig sind, die auf den genannten Gebieten praktische Arbeit zu leisten vermögen, hat der Staatssekretär des Innern gebeten, von der Rekrutierung von Angestellten und Arbeitern bei dem Reichskommissariat Abstand zu nehmen.“

Nach Dr. Helfferichs Meinung könnten danach also Angestellte und Arbeiter bei der Vorbereitung des Uebergangs zur Friedenswirtschaft nicht praktische Arbeit leisten. Daß der Staatssekretär des Innern noch immer nicht seine Zeit verstehen will!

Das Herrenhaus hält am 6. Dezember Sitzung. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Verschiebung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen und Handelskammern und eine Petition u. Herzberg-Loth, dahin zu wirken, daß 1. das Kriegs-ernährungsamt bei allen Anordnungen für die Volksernährung in Zukunft mehr wie bisher die Erzeugung von Lebensmitteln berücksichtigen möge und 2. das Einuhrmonopol der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft beseitigt oder doch erheblich eingeschränkt werde.

Studenten im Hilfsdienst. Der Rektor der Straßburger Universität hat an die Studentenschaft einen Aufruf zur freiwilligen Meldung zum Hilfsdienst erlassen und gleichzeitig bestimmt, daß die Universitätsbehörde die Arbeitsvermittlung zu übernehmen habe.

Eisenbahnkatastrophe in Ungarn.

66 Tote, 90 Schwerverletzte.

In der Nacht zum Freitag ist auf der Strecke Wien—Budapest, in der kleinen Station Herzeg-Halom, ein furchtbares Unglück geschehen. Der Wiener Eilzug, der manchen ungarischen Teilnehmer vom Begräbnis des Kaisers Franz Joseph zurückführte, fuhr in einen Personenzug. Der Zusammenstoß erfolgte bald nach Mitternacht. Die Nachricht kam erst um 3/2 Uhr an die Budapestener Oberstadthauptmannschaft, nach kurzer Zeit ging eine Rettungsexpedition in Automobilen ab, der ein Sonderzug folgte.

Ein B. T. B.-Depeche meldet aus Budapest: Die Zahl der bei dem Eisenbahnunglück Verunglückten beträgt 66 Tote, zumeist Soldaten, und 150 Verwundete, darunter 60 Schwerverletzte. Der Hilfsablass Serbiens, Erzengel Ludwig Thalloch, der in dem Salomwagen fuhr, wurde getötet, sein Sekretär, eine verwandte Dame und ein Oberleutnant, die sich gleichfalls in dem Salomwagen befanden, blieben unversehrt. Die Verwundeten wurden in einem Spitalzuge zum Budapest gebracht. Die Ursache des Unglücksfalls ist die, daß infolge der verspätet abgegebenen Haltesignale der Wiener Eilzug in den Grazer Personenzug hineinfuhr, wobei mehrere Wagen zertrümmert wurden.

Nach einer Meldung der „Kriegszeitung“ waren bis 12 Uhr mittags sogar schon 70 Leichen geborgen. Dabei war der Wiener Eilzug noch schwach besetzt, weil für die Teilnehmer an der Leichenseier vorher drei Sonderzüge gefahren waren, in denen sich auch zahlreiche Mitglieder des ungarischen Reichstages und der Regierung befanden.

Der Eilzug hatte eine Stunde Verspätung. Der Stationsvorsteher von Herzeg-Halom erwartete die Ankunft des so stark verspäteten Eilzuges nicht zu der kritischen Zeit und stellte das Signal auf „freie Fahrt“. Als er dann das Signal des Eilzuges erhielt, war es schon zu spät, um die Strecke wieder freimachen zu können.

Letzte Nachrichten.

Oesterreichischer Abendbericht.

Wien, 1. Dezember. (B. T. B.) Aus dem Kriegspressequartier wird am 1. Dezember abends gemeldet: Russischer Ansturm in den Karpathen dauert unvermindert heftig fort. Der Feind holte sich, wie an den Vortagen, blutige Köpfe. Aus Rumänien ist die Meldung noch ausständig.

Kaiser Carl über Parlament und Frieden.

Nach einer B. T. B.-Meldung aus Wien sprach Kaiser Carl beim Empfang des Präsidiums des Abgeordnetenhauses die Hoffnung aus, daß das Parlament bald wieder zu erproblicher Arbeit gelangen werde und daß baldigst ein ehrenvoller Friede werde erreicht werden.

Bukarest wird geräumt.

Basel, 1. Dezember. Wie Savas meldet, hat der Polizeichef der Stadt Bukarest und der französische General Berthelot an die Bevölkerung Bukarests die Aufforderung gerichtet, mit Frau und Kind das Gebiet des verhängten Lagers von Bukarest zu verlassen. („Zfr. Ztg.“)

Das verweigerte Freigeleit.

Basel, 1. Dezember. Agence Savas meldet aus Washington: Die Regierung richtete Noten an Großbritannien und Frankreich, worin sie diese beiden Regierungen ersucht, von ihrer Verweigerung eines Geleitbriefes für den österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Tarnowski abzugehen. („Zfr. Ztg.“)

Selbstmordende im russischen Roten Kreuz.

Bern, 1. Dezember. (B. T. B.) Der „Bund“ bringt folgende russische Meldung: Die Hauptverwaltung des russischen Roten Kreuzes hat beschlossen, Erkundigungen über die Ursachen der Selbstmorde unter dem Personal des Roten Kreuzes einzuziehen.

Die Leiter der Südwales-Bergarbeiter protestieren.

Amsterdam, 1. Dezember. (B. T. B.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Die Leiter des Bergarbeiterverbandes von Südwales hat gestern die Forderung nach einer Lohnherabsetzung von 15 Proz. wiederholt und dagegen protestiert, daß nur das Kohlenbeden von Südwales unter Regierungskontrolle gestellt werde. Die Auffassungen der neuen Maßregel sind geteilt, und es wird viel davon abhängen, welchen Beschluß die Regierung bezüglich der Lohnforderung fassen wird. „Times“, bisher in der Lohnfrage für die Arbeiter, warnt sie jetzt davor, auf jeden Preis in den Ausstand zu treten, denn die Staatskontrolle habe die Lage verändert, und sie würden sich als schlechte Patrioten bloßstellen, wenn sie stellten. „Daily News“ sagen, daß zwar hauptsächlich die Arbeitgeber für die Krise verantwortlich seien, daß aber der Protest der Leiter des Bergarbeiterverbandes trotzdem unberücksichtigt sei. Er könne der Regierung in dieser Frage keine Vorschriften machen.

Gewerkschaftliches.

Die Lohnverhältnisse der Stellmacher.

In der letzten Branchenversammlung der Stellmacher wurde ausgeführt: Da die Stellmacher nicht unter den Tarifvertrag der Holzarbeiter fallen, so haben die Stellmacher nicht zu verlangen, daß ihnen ohne weiteres die Teuerungszulagen gewährt werden, welche die Vertragsparteien vereinbart haben. Jedoch können sich die Stellmacher auf diese Vereinbarungen berufen, wenn sie selbst von den Unternehmern eine Teuerungszulage fordern, was durch Vorgehen in den einzelnen Betrieben geschehen muß. Bis jetzt haben die Stellmacher weder auf die Gewährung von Teuerungszulagen noch auf Erhöhung ihres Zeitlohnes besonderen Wert gelegt. Das erklärt sich daraus, daß jetzt meistens in Afford gearbeitet wird und dabei Verdienste von 1,50—1,70 M., ausnahmsweise auch bis 2 M. pro Stunde erzielt werden, was als ausreichend angesehen wird. Es ist aber zu bedenken, daß mit dem Aufhören der Kriegsarbeiten diese verhältnismäßig günstigen Affordlöhne aufhören und wieder mehr in Zeitlohn gearbeitet wird. Deshalb ist es durchaus notwendig, jetzt, während der günstigen Konjunktur, für eine angemessene Aufbesserung der Stundenlöhne zu sorgen, denn sonst würden die Kollegen in die Lage kommen, nach dem Kriege unter den dann noch herrschenden Teuerungsverhältnissen zu den Löhnen arbeiten zu müssen, die vor dem Kriege galten, wo die Lebenshaltung doch erheblich billiger war.

Die Bürsten- und Pinselmacher arbeiten im allgemeinen nach einem Affordtarif, den sie im Jahre 1910 aufgestellt haben, der aber nicht mit den Unternehmern vereinbart ist. Ein Vertragsverhältnis der Parteien besteht also nicht. Die Löhne, die im Jahre 1910 als angemessen galten, entsprechen den heutigen Verhältnissen natürlich schon längst nicht mehr. Da die Konjunktur auch für die Bürsten- und Pinselmacher günstig ist, so konnten während des Krieges in verschiedenen Betrieben Lohnaufbesserungen durchgeführt werden. Aber es gibt auch noch Verhältnisse, in denen nicht mehr als der Tarif von 1910 bezahlt wird. Allgemeine Teuerungszulagen haben die Bürsten- und Pinselmacher bis jetzt nicht erlangen können. Demnach stehen also die Löhne derjenigen, die nur nach dem Tarif von 1910 bezahlt werden, in einem schreienden Mißverhältnis zu den gegenwärtigen Lebensmittelpreisen. Doch auch in den Betrieben, in denen die Löhne von 1910 aufgebessert worden sind, wird der Arbeitsverdienst den jetzigen Teuerungsverhältnissen bei weitem nicht gerecht. Aus diesen Gründen beschloß am Mittwoch eine Branchenversammlung der Bürsten- und Pinselmacher, dem Zunungsvorstand die Forderung einzugehen: Auf den Lohnsatz von 1910 eine Teuerungszulage von 50 Proz. zu gewähren. — Zur Begründung der Forderung wurde noch ausgeführt, daß die Unternehmer wegen der erhöhten Materialpreise die Preise ihrer Waren erheblich gesteigert haben. Ein Lohnzuschlag von 50 Proz. würde also ohne Nachteil für die Unternehmer bewilligt werden können und die Löhne kämen dadurch auf eine den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen einigermaßen angepaßte Höhe.

Teuerungszulagen für die Arbeiter der Kanalisationswerke und Bauverwaltung.

Eine sehr gut besuchte Versammlung der in den städtischen Kanalisationswerken und in der Bauverwaltung beschäftigten Arbeiter und Handwerker befaßte sich ausschließlich mit der Frage der Teuerungszulagen. Während in den meisten städtischen Betrieben Berlins bereits seit Juni bzw. Juli eine Erhöhung der Teuerungszulagen stattgefunden hat, warten die Arbeiter der Kanalisationswerke und die der Bauverwaltung bis jetzt vergeblich auf die so notwendige Aufbesserung ihrer Bezüge. Da der Ver-

treter des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Frh. Rüntner, den Versammelten mitteilte, daß die Gewährung einer weiteren Teuerungszulage nahe bevorsteht, er aber über deren Höhe noch nichts Bestimmtes sagen könne, da er eine amtliche Mitteilung noch nicht erhalten habe, beschloß die Versammlung, noch bis zur nächsten Lohnzahlung abwarten zu wollen. Sie beauftragte zugleich die Verbandsleitung, dann aber sofort Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, die sofortige Durchführung einer Erhöhung der Teuerungszulagen zu gewährleisten.

Außerordentliche Erbitterung machte sich geltend darüber, daß die Arbeiter der Bauverwaltung auch jetzt wieder in dieser Zeit furchtbarer Teuerung bei bis auf 7½ Stunden täglich gekürzter Arbeitszeit und ebenso gekürzten Löhnen beschäftigt werden. Reicht schon der normale Lohn im Sommer zum Lebensunterhalt nicht aus, so zwingt der gekürzte Lohn bei den höheren Anforderungen des Winters an die Ernährung, Heizung, Kleidung und Licht direkt zur Entbehrung und führt zu erheblicher Schwächung der Gesundheit. Es wurde darauf besonders hingewiesen, daß viele Städte bereits Sommer und Winter für Arbeiter den gleichen Lohn auch bei gekürzter Arbeitszeit zahlen. Auch nicht alle Betriebe der Stadt Berlin stehen auf einem so engherzigen Standpunkt. Es wurde beschlossen, noch eine besondere Versammlung der Arbeiter der Bauverwaltung einzuuberufen, die nochmals zu dieser Frage Stellung nehmen soll. Zum Schluss wurde einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß nur eine Stärkung der Organisation mit all diesen Mißständen aufträumen könnte und jedem wurde zur Pflicht gemacht, sich dem Verbands anzuschließen.

Weihnachtsunterstützung der Gewerkschaften.

Zu der von uns unter diesem Titel in Nr. 324 gebrachten Notiz wird uns mitgeteilt, daß eine Weihnachtsunterstützung nur von einem Teil der Zentralverbände gezahlt wird. Viele Gewerkschaften sind dazu wegen Mangels an Mitteln leider nicht in der Lage, weil sie durch die Kriegszeit und durch die Abnahme des Mitgliederbestandes finanziell geschwächt worden sind. Im Interesse der energischen Vertretung gewerkschaftlicher Forderungen nach dem Kriege liegt den Gewerkschaften die Verpflichtung ob, mit ihren Mitteln recht häuslich umzugehen.

Aus der Partei.

Gemeindevahlen.

In Kiel sind die fünf sozialdemokratischen Kandidaten zur Stadtverordnetenversammlung mit 800 resp. 900 Stimmen gewählt worden. Die Bürgerlichen hatten in diesen Bezirken keine Kandidaten aufgestellt. In den anderen, den Bürgerlichen überlassenen Bezirken kam es aber unter diesen selber zu einem erbitterten Wahlkampf.

In Frankfurt a. M. war gleichfalls ein Abkommen zur Sicherung des Bestandes zwischen den Parteien geschlossen worden, wobei das Zentrum übrigens ein weiteres Mandat erhielt. In zwei Bezirken war das Abkommen von sozialdemokratischer Seite nicht anerkannt worden; dort kandidierten Parteisekretär Dikmann und Reichstagsabgeordneter Hittmann, in dessen wurden auch sie fast einstimmig gewählt. Insgesamt verteilten sich die neu besetzten Mandate auf 19 Bürgerliche und sieben Sozialdemokraten.

Wetterverhältnisse für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Im Küstengebiet zeltweise aufklarend; im Binnenlande vorwiegend trübe oder neblig ohne erhebliche Niederschläge. Temperatur wenig verändert.

Aus Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Nach der „Vossischen Zeitung“ werden die Siemens- u. Halske-Werke wie im Vorjahre 12 Proz., die Siemens-Schuckert-Werke 10 Proz. Dividende zahlen.

Wie in Düsseldorf ist auch in Berlin eine Eisenhandelsorganisation zur Versorgung der ostdeutschen Werke mit Altisen gegründet worden.

Die Allgemeine Berliner Omnibus- u. G. hat im November 333 044 M. gegen 392 637 M. im November 1915, in den elf Monaten 1916 4313 558 M. gegen dieselbe Zeit des Vorjahres um 1445 461 M. weniger vereinnahmt.

Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen hat im November 1916 7256 092, im November 1915 6301 225 Personen beschäftigt. Die Betriebseinnahmen stiegen von 826 998 auf 967 721 M.

Profit an der Umfahstener.

Die Elektrizitäts- und Straßenbahn- u. G. in Königsberg, eine Tochtergesellschaft der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, teilt ihren zahlreichen Kunden mit:

Am 1. Oktober 1916 ist das Gesetz über den Warenumschlagstempel in Kraft getreten. Wir werden Ihnen den auf Sie entfallenden Betrag in Rechnung stellen und erstmalig von Ihrem Stromverbrauch vom 1. Oktober bis 31. Dezember d. J. mit je 0,10 M. zusammen mit der Dezemberrechnung erheben. Teilbeträge werden auf 0,05 nach oben abgerundet.

Ganz abgesehen davon, daß diese Abwälzung der Steuer auf die Verbraucher nicht berechtigt ist, bedeutet die Abrundung der Teilbeträge nach oben noch ein Geschäft für die Gesellschaft. Einer Nachzahlung sollte rasch vorgebeugt werden, böse Beispiele verderben gute Sitten.

Weitere Steigerung der Devisenkurse.

Die starke Preissteigerung ausländischer Zahlungsmittel setzt sich fort. Es wurden geboten für

	1. Dezember	30. November
100 holländische Gulden	233 1/4 M.	232 1/4 M.
100 dänische Kronen	159 „	158 1/2 „
100 schwedische Kronen	165 3/4 „	164 3/4 „
100 norwegische Kronen	162 „	161,5 „
100 schweizer Franken	111 7/8 „	110 7/8 „

Dagegen ist der Kurs der österreichisch-ungarischen Krone neuerlich, und zwar von 67,95 M. auf 67,45 M. gesunken.

Zementartelle. Ein norddeutscher Zementverband, der sich am 30. November gebildet hat, hat sich mit dem süd-deutschen Zementverband verständigt und steht mit dem rheinisch-westfälischen in Unterhandlungen. Es werden Preisauflage von 20 Proz. geplant.

Wieder eine Kapitalverwässerung.

Die Motorenfabrik Oberursel, die die Koller-Flugzeuge herstellt, verdoppelt ihr Kapital auf 4,5 Millionen Mark. Die letzte Dividende hat 85 Proz. betragen.

Europas Verschuldung an die Vereinigten Staaten. Das Bundesreferat veranschlagt den Besitz der Vereinigten Staaten an europäischen Werten auf 1627 Millionen Dollar.

KON-LINON

Mein Weihnachts-Wunsch.

Jedes Stück wird gegen Anzahlung aufbewahrt.

Entdeckende Plüschmäntel
aus Ia. Sealschaf, Seidenplüsch, Glockenformen, Blusenformen, glatt, auch mit echten Pelzbesätzen und Verzerrungen, darunter Original-Modelle, feuchte Aufmachungen
300,— 250,— 200,— 185,—
100,— 150,—

Halblange, elegante Plüschmäntel und kurze Jacken
100,— 75,— 65,— 55,—
43,— 39,—

Wunderbare Ulster, Mantelkleider, dicke, mollige, weiche Stoffe für den strengsten Frost
solange Qualitäten, das Beste vom Besten, mit Fell, auch glatt lose Glockenformen, mit Stormschalkragen, entzückend ausgeführt
150,— 130 00,— 75,— 65,—
52,— 43,— 36,—

Velvetmäntel u. Mantelkleider sehr billig!

I. Geschäft:
Mohrenstraße 37a
(Kolonnaden)

Deutsche Moden

Winter-Ulster
Winter-Überzieher
Winter-Joppen
Winter-Mäntel

für Herren • Jünglinge • Knaben
Schiefer / Morgenjoppen / Samt-Jackette
Große Auswahl! — Billige Preise!

Dezugsfreie Gummi-Regenmäntel
in echter Gummierung
Dezugsfreie Geh- / Pez-Joppen

Käufertische Kalender 1917 kostenlos für Kunden.

Baer & Sohn

Auguststraße 29—30 • Berlin • 11 Zährstraße 11
Tel. Nr. 1991 • Gegr. 1891 • Ed.-Koch, Geschäft 10

Öffnung von 12—2 Uhr

Auswahländerungen nach außerhalb gegen Anzahlung. Sonntage geöffnet 12—2 Uhr. Passende in stärkste Figuren vorrätig.

Billige Preise!

Umtausch nach dem Fest gestattet.

Entdeckende Plüschmäntel
aus Ia. Sealschaf, Seidenplüsch, Glockenformen, Blusenformen, glatt, auch mit echten Pelzbesätzen und Verzerrungen, darunter Original-Modelle, feuchte Aufmachungen
300,— 250,— 200,— 185,—
100,— 150,—

Halblange, elegante Plüschmäntel und kurze Jacken
100,— 75,— 65,— 55,—
43,— 39,—

Wunderbare Ulster, Mantelkleider, dicke, mollige, weiche Stoffe für den strengsten Frost
solange Qualitäten, das Beste vom Besten, mit Fell, auch glatt lose Glockenformen, mit Stormschalkragen, entzückend ausgeführt
150,— 130 00,— 75,— 65,—
52,— 43,— 36,—

Velvetmäntel u. Mantelkleider sehr billig!

I. Geschäft:
Mohrenstraße 37a
(Kolonnaden)

Entdeckende Plüschmäntel
aus Ia. Sealschaf, Seidenplüsch, Glockenformen, Blusenformen, glatt, auch mit echten Pelzbesätzen und Verzerrungen, darunter Original-Modelle, feuchte Aufmachungen
300,— 250,— 200,— 185,—
100,— 150,—

Halblange, elegante Plüschmäntel und kurze Jacken
100,— 75,— 65,— 55,—
43,— 39,—

Wunderbare Ulster, Mantelkleider, dicke, mollige, weiche Stoffe für den strengsten Frost
solange Qualitäten, das Beste vom Besten, mit Fell, auch glatt lose Glockenformen, mit Stormschalkragen, entzückend ausgeführt
150,— 130 00,— 75,— 65,—
52,— 43,— 36,—

Velvetmäntel u. Mantelkleider sehr billig!

II. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 115
(nahe Andreasstr.)

Westmann

Rabattmarken der Konsumentenvereine Berlin und Umgegend

Reichstag.

Schluss der Donnerstagssitzung. Zweite Lesung des Zivildienstgesetzes.

§ 10 enthält die Strafbestimmungen. Abg. Sachs (Soz.) vermischt Strafbestimmungen gegen Unternehmer, die ihnen zugewiesene Arbeiter nicht einstellen. Generalkommandant Gröner: Selbstverständlich wird das Kriegsamt darauf hinwirken, daß jeder Arbeitgeber, dem vom Ausschuss Arbeiter zugewiesen sind, sie auch einstellen muß.

Abg. Ebert (Soz.): Dem Reichstag muß eine Mitwirkung auch bei Ausführung dieses wichtigen Gesetzes eingeräumt werden. Sein Ausschuss muß in enger Fühlung mit dem Kriegsamt arbeiten, er muß auch das Recht haben, die Lieferungsverträge nachzuprüfen. Wir bitten dringend, diesem § 17 zuzustimmen.

Abg. Graf Westarp (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Die Regierung hat natürlich noch nicht Stellung nehmen können. Persönlich bemerke ich: Die Einrichtung dieses Ausschusses schafft einen neuen gesetzgebenden Körper, der an die Stelle des Reichstags tritt.

Abg. Wittmann (Soz. Arb.): Die Ausführungen des Staatssekretärs eröffnen ja schon Perspektiven für die Rechte, die dem Ausschuss eingeräumt werden sollen. Nach den bisherigen Verhandlungen war diese scharfe Ablehnung der Regierung nicht zu erwarten. Unsere Erwartungen für die Neuorientierung nach dem Kriege sind dadurch erst recht auf den Nullpunkt gesunken.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Schiffer (natl.): Das halte ich auch für selbstverständlich. Aber ich muß auch meine Verwunderung ausdrücken, daß in diesem Stadium noch eine solche Erklärung des Staatssekretärs möglich war. (Sehr gut! links.) Glaubt der Staatssekretär wirklich, daß das Gesetz ohne diese Bestimmungen in die Welt gehen wird?

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.): Die Bestimmungen, um die es sich hier handelt, sind nur der Kern nach Verordnungen, materiell sind es wirkliche Gesetze. Deshalb ist die Mitwirkung des Reichstags nötig, und zwar nicht eines Ausschusses, sondern des ganzen Reichstags, wie es unser Antrag verlangt.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Reil (Soz.) legt einen Antrag, wonach das Gesetz am 1. Juli 1917 außer Kraft treten soll, falls der Reichstag nicht vorher das Außerkräfttreten beschließt. Abg. Wittmann (Soz. Arb.): Wir beantragen dasselbe, damit der Reichstag auf jeden Fall nach halbjähriger Wirkungszeit des Gesetzes vollständig neu darüber beschließt.

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.): Die Bestimmungen, um die es sich hier handelt, sind nur der Kern nach Verordnungen, materiell sind es wirkliche Gesetze. Deshalb ist die Mitwirkung des Reichstags nötig, und zwar nicht eines Ausschusses, sondern des ganzen Reichstags, wie es unser Antrag verlangt.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Reil (Soz.) legt einen Antrag, wonach das Gesetz am 1. Juli 1917 außer Kraft treten soll, falls der Reichstag nicht vorher das Außerkräfttreten beschließt. Abg. Wittmann (Soz. Arb.): Wir beantragen dasselbe, damit der Reichstag auf jeden Fall nach halbjähriger Wirkungszeit des Gesetzes vollständig neu darüber beschließt.

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.): Die Bestimmungen, um die es sich hier handelt, sind nur der Kern nach Verordnungen, materiell sind es wirkliche Gesetze. Deshalb ist die Mitwirkung des Reichstags nötig, und zwar nicht eines Ausschusses, sondern des ganzen Reichstags, wie es unser Antrag verlangt.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Reil (Soz.) legt einen Antrag, wonach das Gesetz am 1. Juli 1917 außer Kraft treten soll, falls der Reichstag nicht vorher das Außerkräfttreten beschließt. Abg. Wittmann (Soz. Arb.): Wir beantragen dasselbe, damit der Reichstag auf jeden Fall nach halbjähriger Wirkungszeit des Gesetzes vollständig neu darüber beschließt.

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.): Die Bestimmungen, um die es sich hier handelt, sind nur der Kern nach Verordnungen, materiell sind es wirkliche Gesetze. Deshalb ist die Mitwirkung des Reichstags nötig, und zwar nicht eines Ausschusses, sondern des ganzen Reichstags, wie es unser Antrag verlangt.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Reil (Soz.) legt einen Antrag, wonach das Gesetz am 1. Juli 1917 außer Kraft treten soll, falls der Reichstag nicht vorher das Außerkräfttreten beschließt. Abg. Wittmann (Soz. Arb.): Wir beantragen dasselbe, damit der Reichstag auf jeden Fall nach halbjähriger Wirkungszeit des Gesetzes vollständig neu darüber beschließt.

Land hat bei Griechenland scharfsten Protest gegen dies neutralitätswidrige Verfahren eingelegt, und der griechische Gesandte hat das lebhafteste Bedauern der griechischen Regierung über diesen Vorgang im Auswärtigen Amt zum Ausdruck gebracht.

Die griechische Regierung habe unter dem Druck der Gewalt aber nichts dagegen tun können; sie sei von den Ereignissen ebenfalls schmerzlich betroffen und hoffe, daß Deutschland der Zwangslage Rechnung tragen wird. Ich bin überzeugt, daß diese Bitte bei Ihnen und beim deutschen Volke freundliche Aufnahme finden wird.

Wollten Sie mir noch einige Worte persönlich. Nachdem der Kaiser mich mit der Leitung des Auswärtigen Amtes betraut hat, benutze ich heute die erste Gelegenheit, um mit Ihnen in dieser neuen Eigenschaft in Beziehungen zu treten. Ich habe ja bereits die Ehre gehabt, eine lange Reihe von Jahren mit diesem hohen Hause bei wichtigen Angelegenheiten zusammenzuwirken zu können.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

bracht sein muß, daß er das Recht des Einspruchs bei der nächsthöheren Behörde hat, so daß er die Entscheidung des Kriegsministeriums herbeiführen kann. Die Stellvertreter des Generalkommandos sind ausdrücklich angewiesen worden, daß es nicht angängig ist, die durch die herborgerufenen Verschlimmerung bestehende Erwerbsunfähigkeit unter Ausschaltung der bei der Einstellung bestehenden der Versorgung zugrunde zu legen.

Abg. Schmidt-Weihen (Soz.) fragt an, was der Reichskanzler zur Beseitigung des Wagenmangels und der dadurch hervorgerufenen Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Kohlen in manchen Bezirken Deutschlands zu tun gedenkt. Ministerialdirektor Kewald: Die Kohlen- und Transport-schwierigkeiten sind dem Reichskanzler bekannt und er ist unablässig bemüht, alle Maßnahmen zu treffen, die zur Beseitigung dieser Uebelstände dienen können.

Ergänzung des Kriegsteuergesetzes.

Abg. Reiner (Z.) begründet einen von allen Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, eingebrachten Gesetzentwurf, wonach auch die bei Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungen eingezahlten Beiträge zur Kriegsteuer herangezogen werden — einmalige Kapitalabgaben von über 3000 M., jährliche Prämienabgaben von über 1000 M.

Der Gesetzentwurf wird debattelos in erster und zweiter und dann sofort vorgenommenen dritter Lesung angenommen. Die Tagesordnung ist erschöpft.

Anfragen im Reichstage.

Abg. Stücken (Soz.) hat die folgende Anfrage eingebracht: In den Verhandlungen des Reichshaushaltsausschusses ist von militärischer Seite darauf hingewiesen worden, daß eine Verfügung besteht, wonach die im Felde stehenden Väter kinderreicher Familien sowie die Söhne solcher Familien, die bereits Angehörige auf dem Schlachtfelde verloren haben, an Stellen verwendet werden sollen, an denen sie weniger einer Lebensgefahr ausgesetzt sind.

Abg. Bekrend (Deutsche Fraktion) erkundigt sich in einer Anfrage nach dem Schicksal des Reichstagsbeschlusses, wonach jede vermeintliche Umwandlung von Nahrungsmitteln in alkoholische Genussmittel untersagt werden soll.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Ernährungsleitsätze des Abgeordnetenhauses.

Die verstärkte Staatshaushaltskommission hat, wie der amtliche Bericht medelt, beschlossen, dem Hause folgende Leitsätze vorzuschlagen:

- 1. Die nächstjährige Kartoffelversorgung ist zwar unter Verbeibehaltung der öffentlichen Bewirtschaftung, aber unter möglichster Zuziehung des Handels und durch Abschluß von Lieferungsverträgen zu bewirken. 2. Es ist für ausreichende und rechtzeitige Sicherung von Soaifartoffeln für die Frühjahrsbefestellung 1917 Sorge zu tragen. 3. Die aus den Kommunalbezirken anderweitig gelieferten Soaifartoffeln sind auf die Lieferungspläne für Speisefartoffeln anzurechnen. 4. Zur Ergänzung der nächstjährigen Kartoffelernte ist der Anbau von Kohlrüben und Gemüse zu fördern. 5. Denen, die Kartoffeln, Obst oder Gemüse zum eigenen Gebrauch gebaut haben, soll der Verbrauch an ihrem Wohnsitz nicht deshalb verwehrt werden dürfen, weil der Erzeugungsort und der Wohnort verschiedenen Kreisverbänden angehören. 6. Zur Sicherstellung des

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

Abg. Dr. Weydner (L.) lehnt für seine Freunde diesen Paragraphen ab. Wir wollen die Befugnisse zwischen Bundesrat und Reichstag nicht verdrängen lassen. Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Bundesrat den Paragraphen annimmt, wird er ihn selbstverständlich auch loyal ausführen.

feiligen, unbeschadet einer Besonderen Berücksichtigung der Schwer- und Schwerstarbeiter.

Unterschiede zwischen Stadt und Land in der Versorgung mit Nahrungsmitteln sind nur berechtigt, soweit dieselben durch besondere Ernährungsverhältnisse und durch die Rücksicht auf die Produktion geboten sind.

Das aus Rottschlachtingen gewonnene minderwertige und bedingt taugliche Fleisch ist gemeinschaftlicher Verfügung zuzuführen.

12. Die Versorgung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung mit Magermilch ist durch geeignete Maßnahmen zu fördern.

13. Bei der Heeresverwaltung ist dahin zu wirken, daß bei den Schlachtungen der Heeresverwaltung gewonnene, für Heereszwecke entbehrliche Rohstoffe dem Kriegsausgleich für pflanzliche und tierische Oele und Fette abgeliefert wird.

14. Der Zuschlag zu dem Friedenspreise bei den Zwangsausbehebungen der Pferde ist mit rückwirkender Kraft bis zum 30. August 1916 so zu bemessen, daß der Uebernahmepreis dem jetzt bei Pferdeankäufen zu zahlenden Preise entspricht.

Eine Zwangsaushebung von Pferden für die Heeresverwaltung soll während der Saat- und Erntezeit nicht stattfinden.

Der Bedarf der Heeresverwaltung an Pferden ist tunlichst im freien Ankauf zu decken.

15. Den neu angeworbenen Saisonarbeitern, welche im Frühjahr 1917 die Grenze überschreiten, um sich in Preußen in Landwirtschaft oder Industrie zu betätigen, ist die Rückkehr nach der Heimat nach Erfüllung ihrer Kontrakte zu gestatten oder auf Wunsch ein Urlaub zu bewilligen.

16. Den Teilhabern von Schweinemastgenossenschaften dürfen, sofern alle Genossen ihre Hausabfälle zur Schweinemast abführen, dieselben Bevorzugungen bezüglich der Anrechnung des genossenschaftlich gewonnenen Fleisches auf die Fleischkarte gewährt werden wie bei den Hauschlachtungen einzelner Selbstversorger.

17. Soweit Erzeugerpreise festgesetzt werden, sind tunlichst in jedem Falle auch für die Händler und Kleinhändler entsprechende Höchstpreise festzusetzen.

18. Es ist für die örtliche Bereitstellung von Wäffeln und Gläsern für Konservierungszwecke, insbesondere auch durch Erleichterung beim Städtgüterverkehr Sorge zu tragen.

19. Es ist für eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Graupen, Griech, Haferflocken, Rüdeln und ähnlichen Erzeugnissen schleunigst Sorge zu tragen.

20. Bei der Reichsregierung ist dahin zu wirken, daß alsbald jedes geeignete Verfahren, insbesondere das Oltwaldsche Verfahren, für die Gewinnung von gebundenem Stickstoff im weitesten Umfange zur nächsten Frühjahrbestellung nutzbar gemacht wird.

Auch außerdem ist jede Beschaffung von künstlichen Düngemitteln zu fördern.

21. Der Haferpreis von 280 M. für die Tonne ist für das Jahr 1916/17 unverändert beizubehalten.

22. Der Anbau von Hülsenfrüchten und Ölsaaten ist nach Möglichkeit zu fördern, insbesondere durch Bereitstellung von guter Saat.

Für Beschaffung von Kleesaat in ausreichender Menge ist Sorge zu tragen.

23. Es ist Sorge zu tragen, daß das wirtschaftliche Leben weniger als bisher durch wechselnde Bestimmungen benachteiligt wird.

24. In den Vorstand des Kriegsernährungsamtes soll ein Vertreter des Kleinhandels und ein Vertreter des Verbandes der preussischen Landwirte, in die beim Reichskommissariat für Uebergangswirtschaft zu bildenden Sonderausschüssen sollen Vertreter des Handwerks und des Kleinhandels berufen werden.

Aus Groß-Berlin. Papierholz.

Zimmer weiter erstreckt sich die durch den Krieg erzwungene Regelung des Wirtschaftslebens und mancher, dem diese Entwicklung unvereinbar erscheint mit dem Dogma von einst, mit dem Grundgesetz der Nichteinmischung des Staates in Warenherstellung, Güterumlauf und Verteilung, der mag dieses Werden wohl als das Wachsen eines Spinnennetzes ansehen, in dessen Mitte ein unheimliches Prinzip unablässig webt.

Jetzt hat der Reichskanzler eine Bekanntmachung erlassen, die die Beschaffung von Papierholz für die Zeitungen ganz genau regelt. Denn bekanntlich wird die Zeitung längst nicht mehr auf „gewalkten Lumpen“ gedruckt, die freilich das allerbeste Papier liefern, sondern „Rehmet Holz vom Fichtenstamme“ ist längst das Lösungswort der Fabriken geworden, aus denen die mächtigen Papierrollen kommen, die dann in ihrem Panzer von Holzbrettern und Eisenreifen in die Höfe der Zeitungsgebäude wandern, um alsbald durch die mächtigen Maschinen zu laufen. Auf rasch rotierende Zylinder sind hier die vom Papierablatz des Letternjahres abgegriffenen Matten gebogen und befestigt und in rasender Eile zieht das weiße Band zwischen den Zylindern durch, um auch gleich gefalzt und blätterweise ineinandergelegt zu werden. Mit leisem Klingeln geht das tausende Werk jeden Augenblick fünfzig fertige Zeitungen auf den Tisch. Und draußen pfaucht schon der flinke Wagen, der sie in den ersten Morgenstunden zur Post, zur Bahn und zu den Hauptverteilern bringt, bei dem schon wieder die fleißigen Botenfrauen und leider auch so manches Kind warten, um nun den täglichen Weg straßauf, straßab, treppauf, treppab zu beginnen.

So mancher schöne Wald ist schon in bedrucktes Papier verwandelt worden, und es sind wahrhaftig die Zeitungen, die dafür sorgen, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Da es aber schon einmal so sein muß, so mag wenigstens möglichst viel von diesem nun reichsgekehrt gesicherten und von einer eigenen Reichsstelle zu verteilenden Papierholz der Presse dienen, die die Interessen, Forderungen und die Meinung der arbeitenden Volksmehrheit vertritt: der sozialdemokratischen.

Dafür an seinem Teil zu wirken, seinem Matthe unablässig neue Leser und Abnehmer zu werben, das ist eine Hauptaufgabe jedes Arbeitsmenschen.

Nachtsigung.

Der Landtag hat sie öfter gemacht. Wenn der Etat nicht rechtzeitig fertig wurde, schob man Dinge, deren Vespredung die Mehrheit weniger interessierte — Kunst und Wissenschaft, Polizei, Gewerbeinspektion — in die Nachsigung. Und besonders gern das Eisenbahnleihegesetz, das alljährlich — zig — Kleinbahnen und Bahnhöfe brachte, was aber die Vertreter der diesmal nicht berücksichtigten Wahlkreise veranlaßte, nacheinander hinzutreten vor den „Gott, der Eisenbahnen wachsen läßt“ mit ihren Bänken.

Waren schon die Tagssigungen im Landtag meistens sehr schwach besucht, so begannen die Nachsigungen stets vor ganzen zwei Duzend Teilnehmern. Jeder, der sein Sprüchlein aufgesagt, ging ab und zum Schluß waren es wohl nur zwei letzte Mohikaner, die mit dem Präsidenten ein Kollegium bildeten. Leider kein Tabakskollegium — konstatierten schmerzlich die Berichterstatter auf der Tribüne, die da harrten aus ohne Sturmgebrüll.

Kun aber hat auch der Reichstag die Nacht zum Tage gemacht, wohl zum erstenmal seit anno Jostarif. Der üblichen Tendenz zur permanenten Verlängerung der Sitzungen konnte diese Krönung nicht auf die Dauer vorzählbar bleiben.

Der Reichstag hielt sich aber vorgestern bis zuletzt nahe an der Verschlussfähigkeit. Etwa die Hälfte der Plätze war bei den Abstimmungen doch besetzt. Und als Herr Kaempf am Schluß bei dem Einspruch gegen die Aufhebung der dritten Lesung schon auf den nächsten Tag sorgfältig kontrollierte, ob denn auch wirklich fünfzehn Mann den Einspruch unterstützten — da sich: es fehlt kein teures Haupt!

Im übrigen war den Häuptern der M. d. R. so zwischen 10 und 12 Uhr mehrfach anzusehen, daß ihre Träger eben frisch von einem kleinen Schläfchen wachen Sinnes in den Saal der Gesetzgebung zurückkehrten. So mancher wohlgeordnete Scheitel zeigte einige Widerhaarigkeit, welche sich auf bequemen Klappstühlen einzustellen, dergleichen in den Wandelräumen und Ruhezimmern des hohen Hauses anzutreffen sind.

Unter solchen Umständen läßt sich für diejenigen Herren, die mit einer Klassifizierung sagen können: „Nicht mitzusprechen, mitzustimmen bin ich da“, auch eine Zwölftstundensitzung ertragen. Aber es gibt da noch ein paar Duzend Hilfsdienstleister, wie Beamte, Stenographen, Diener und sozusagen auch Presseleute. Wieviel nimmt man gelegentlich doch auch auf diese Leute Rücksicht? Es würde sich ganz gut machen, auch einmal Sozialpolitik im eigenen Hause zu treiben!

Aus dem Medizinalamt der Stadt Berlin.

Ueber die Arbeit des Berliner Medizinalamtes im Verwaltungsjahr 1. April 1914 bis 31. März 1915 liegt jetzt ein ausführlicher Jahresbericht vor. Das Medizinalamt hat die Aufgabe, die Volksgesundheit durch vorbeugende Gesundheitspflege zu schützen. Es untersucht Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände — noch im Verwaltungsjahr 1914/15 hatte es daher den bescheideneren Namen „Untersuchungsamt für hygienische und gewerbliche Zwecke“ —, es greift bei Verdacht ansteckender Krankheiten mit bakteriologischen Untersuchungen ein und erstattet Gutachten in hygienischen Angelegenheiten. Hauptfachlich stellt es sich in den Dienst der verschiedenen Zweige der Stadtverwaltung, doch übernimmt es Untersuchungen auch für fremde Behörden und für nichtbeamtete Einzelpersonen.

Der Krieg beeinträchtigte die Arbeit des Medizinalamtes im Jahre 1914/15 insofern, als er größere Aufträge zur Herstellung von Typhus- und Choleraimpfstoffen brachte. Andererseits verringerten sich die Untersuchungen an, gleichfalls im wesentlichen unter dem Einfluß des Krieges. In 1914/15 wurden im ganzen 32 608 Untersuchungen ausgeführt, 10 126 von der chemischen und 22 482 von der bakteriologischen Abteilung, wogegen im vorhergehenden Jahre die Gesamtzahl sich auf 37 599, auf 10 899 in der chemischen und 26 700 in der bakteriologischen Abteilung, belief. In der chemischen Abteilung hatten den Hauptanteil Milch mit 4045 und Wasser mit 5310 Proben. Untersuchungen werden regelmäßig die Milch der Säuglingsfürsorgestellen und die an arme Kranke gelieferte Milch, auch viele Milchproben aus Kuchläden Berlins. Dauernd wird überwacht die Beschaffenheit des Trinkwassers wie der Abwässer, auch das Wasser der Spree und anderer öffentlicher Wasserläufe, ebenso des Abfluswassers der Kielesfelder. Bei der bakteriologischen Abteilung entfiel, wie immer, ein kleiner Teil der Untersuchungen auf Nahrungsmittel (wieder hauptsächlich Milch), auf Wasser, Desinfektionsmittel usw., der weitaus größte Teil auf die Prüfung des Verdachts an ansteckender Krankheiten. Nur aus der beträchtlichen Verringerung dieser Gruppe erklärt sich der Rückgang, den im Berichtsjahre die Gesamtzahl hatte. Im letzten Jahre (gegenüber dem vorletzten) waren in der bakteriologischen Abteilung an den 22 482 (26 700) Untersuchungen die ansteckenden Krankheiten mit 21 196 (25 729) Fällen beteiligt, darunter hauptsächlich Diphtherie mit 16 459 (21 315), Tuberkulose mit 1544 (1853), Typhus mit 1687 (978) usw. Den größten Anteil hatte die Diphtherie, deren Bekämpfung in den Gemeindefürsorgestellen des Medizinalamtes besonders im Jahre 1913/14 ungewöhnlich stark, viel stärker als in 1914/15, belastete. Inzwischen dürfte die erneute Zunahme der Diphtherieerkrankungen in Berlin die Inanspruchnahme des Medizinalamtes wieder sehr merklich gesteigert haben.

Untersucht wurden auch die vom Verein für Kinderwohlthätigkeit an bedürftige Schulkinder verabreichten Speisen. Das Ergebnis war, wie schon in früheren Jahren, unbefriedigend. Seit Herbst 1916 wird ja nun die Schulkinderernährung im eigenen Betrieb der Stadt Berlin, zusammen mit ihrer allgemeinen Volksernährung, durchgeführt. Die Untersuchungen der in Berliner Kuchläden und anderen gemeinnützigen Speiseanstalten verabreichten Mittagmahlzeiten ergab gleichfalls, daß Menge und Zusammensetzung unzulänglich waren. Sie blieben meist hinter den Anforderungen zurück, die der Ernährungswissenschaft bisher als das Mindestmaß gegolten hatten.

Zu dem hier besprochenen Bericht wird nachträglich mitgeteilt: Der Bericht über die Tätigkeit des Medizinalamtes erwähnte, daß während des ersten Kriegsjahres die Zahl der Untersuchungen herabgegangen sei. Das trifft tatsächlich für die Berichtsjahre zu, erklärt sich aber ohne weiteres daraus, daß infolge der zahlreichen Einberufungen zu Beginn des Krieges die Inanspruchnahme des Amtes zunächst etwas nachließ. Seitdem hat sich dies völlig geändert. Das Medizinalamt ist im Laufe des Krieges gerade den erhöhten Anforderungen, die sich auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Gesundheitswesens ergaben, in vollem Maße gerecht geworden. Aus dem demnächst erscheinenden Verwaltungsbericht für das Geschäftsjahr 1915/16 geht hervor, daß in diesem Jahre mit insgesamt 44 569 Untersuchungen eine Höhe erreicht wurde, hinter der die Zahlen aller früheren Jahre beträchtlich zurückbleiben.

Volle und die Berliner Milchversorgung.

Vom Magistrat wird uns mitgeteilt, daß die Meierei C. Volle nach wie vor im Besitz der von ihr früher bezogenen Milch bleibt, und sie wird nach wie vor die von ihr nach der Kundenliste zu versorgende Bevölkerung mit Vollmilch zu versehen haben. Eine Aenderung ist lediglich insofern eingetreten, als die von anderen Pächtern nach Groß-Berlin eingeführte Milch, deren Aufnahme und Zuführung an die Kleinhandler der Firma zugewiesen war, nunmehr der inzwischen zu einer selbständigen Organisation zusammengeschlossenen Pächtervereinigung, der Milchlieferungs-gesellschaft m. b. H. zum Betrieb an die Kleinhandler nach dem von der Fettstelle Groß-Berlin aufgestellten Plan übertragen worden ist. Mit der Durchführung dieser Maßnahme mußte schon in den ersten Tagen des November begonnen werden, weil der Betrieb der Meierei Volle die umfangreiche und ihr wesensfremde neue Aufgabe nicht zu bewältigen vermochte und die Firma in dieser Erkenntnis die weitere Uebernahme der Pächtermilch und ihre Zuführung an die Kleinhandler schließlich selbst auf das nachdrücklichste ablehnte. Der Bevölkerung, die gerade über den Milchvertrieb der Meierei Volle überaus zahlreiche Klagen an die Fettstelle Groß-Berlin gelangen ließ, so schließlich die Mitteilung, wird diese den Verhältnissen der Friedenszeit mehr angepaßte Gestaltung der Milchausfuhr sicherlich willkommen sein.

Mandeln, Rosinen und Kriegsende.

In unserem Offenbacher Parteiblatt finden wir die folgenden, reichlich optimistischen Betrachtungen, die wohl nicht ganz ernst gemeint sind, von denen wir und alle unsere Leser aber gerne hoffen, daß sie wahr werden möchten:

Im ersten Augenblick hat es den Anschein, als würde sich zwischen diesen Dingen nicht leicht das richtige Verständnis herstellen lassen, denn was können nur Mandeln und Rosinen mit dem Kriegs-

ende zu tun haben? Sieht man aber genauer hin, so ergeben sich deutliche Zusammenhänge. Erinnern wir uns nur an den Kriegsbeginn, an jene ersten Monate, in denen Mandeln, Rosinen und ähnliche Hilfsmittel der Küche sachte aus dem Verleber schwand. Es wurde weiter kein Aufsehen davon gemacht, da diese Dinge nicht unentbehrlich sind.

Nun erlebt man seit einigen Wochen die überraschende Tatsache, daß plötzlich wieder Mandeln und Rosinen und allerlei exotisches Gewürzwerk vorhanden sind. Da von diesem Jauber in der Kriegszeit nichts hereingelommen sein konnte, da wir doch keine Einfuhr haben, so müssen diese Rosinen, Mandeln, Muskatnüsse und Zimtstangen aus den Vorräten jener menschenfreundlichen Zeitgenossen stammen, die in weiser Voraussicht am Kriegsbeginn diese ausländischen Dinge sorgsam aufbewahrt haben und die nun allmählich darangehen, ihre Magazine zu eröffnen, um ihre Schätze an den Mann zu bringen. Bei der klugen Geschäftsgebarung dieser Menschen muß man sich fragen, weshalb sie nicht noch zuwarteten. Die Preise müßten sich doch noch erhöhen lassen, und es ist doch auch nicht zu befürchten, daß für Mandeln und Rosinen Karten ausgegeben werden und man sich um Zimt und Pfeffer werde anstellen müssen. Wenn also — so muß man sich bei diesen vorläufigen Geschäftsleuten fragen — keine Regierungsmaßnahmen zu fürchten sind, warum rücken die Verkäufer ein wenig Zeit langsam mit ihren heimlichen Vorräten heraus? Da an ihre Menschlichkeit niemand recht glaubt, kann der Grund nur sein, daß sie zur Dauer des Krieges kein Vertrauen mehr haben, daß sie für die Länge des Krieges nicht mehr ihre Hand ins Feuer legen können. Sie wollen noch rechtzeitig ihr Profiten einstreifen.

Man kann sich auf die Witterung dieser Verdienner verlassen. Sie gehen selten irrt, diese vernünftigen Mitbürger, die mit allen Salben geschmiert, mit allen Wässern gewaschen und in allen Sätteln beritten sind. Wir haben doch so oft gehört, daß wir einen Handelskrieg führen, warum sollen da nicht die Handelsleute wissen, wann er sich seinem Ende zuneigt? Also: Zwischen den Rosinen, den Mandeln und dem Kriegsende kann ganz leicht ein heimlicher Zusammenhang bestehen ...

Verbot der Lichtreflexe.

Der Oberbefehlshaber in den Marken erläßt unterm 1. Dezember diese Bekanntmachung:

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand bestimme ich hiermit für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg: Jede Art von Lichtreflexe ist bis auf weiteres verboten. Als Lichtreflexe gelten auch Lichtaufschriften an Häusern, Geschäftshäusern, öffentlichen Lokalen und Vergnügungsstätten. Dieses Verbot tritt am 2. Dezember 1916 in Kraft. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen milderer Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

Wie die Lichtreflexe-Abteilung der A. E. G. mitteilt, ging früher ein volles Drittel des Groß-Berliner Stromverbrauches auf Rechnung der Lichtreflexe. Da aber die Lichtreflexe schon früher stark eingeschränkt wurde und die dafür arbeitenden Betriebe sich längst auf andere Beschäftigung umgestellt haben, ist der Schaden lange nicht so groß, als der Ruf der Kohlenparasiten.

Uebrigens: die Firmen, deren Namen das Licht in die Nacht schrieb, kennt man ohnehin und seine Gaswirtschaft findet jeder auch ohne „Leuchtfener“. Die großen Kinolichter waren auch nicht gerade eine Verschönerung des abendlichen Stadtbildes.

Die Brotzufuhrlarten.

Aus dem Rathaus wird uns geschrieben: Die zur Groß-Berliner Brotartengemeinschaft gehörenden Gemeinden und Kreise haben eine Kartierung der Grundstücke beschlossen, die bei der Ausgabe von Brot-Zufuhrlarten an die Bevölkerung zur Anwendung kommen sollen. Bei der Kartierung war einmal davon auszugehen, daß die Zahl der ausgegebenen Zufuhrlarten mit der Zeit einen Umfang angenommen hat, der über die für diese Zwecke verfügbaren Mehlmengen hinauszuweisen drohte, ferner, daß aus den Kreisen der Bevölkerung Klagen über ungleichmäßige Behandlung der einzelnen Anträge durch die verschiedenen Brotkommissionen eingegangen sind; endlich davon, daß entsprechend dem bekannten Hindenburg-Brief in erster Linie die in der Nahrungsmittelindustrie tätige Bevölkerung in den Besitz der Schanerarbeiterzulage kommen muß, während die übrige Bevölkerung im allgemeinen nur dasjenige an Lebensmitteln erhalten kann, was für die Allgemeinheit zur Verfügung steht. Außer an die für Heereszwecke tätigen Industriearbeiter wird die Zulage noch an Nachtarbeiter, das Fahrpersonal der Bahnen, der Feuerwehr und anderen als Schwerarbeiter anerkannten Berufsgruppen zur Verteilung gelangen.

Unter diesen Gesichtspunkten sind allgemeine Grundsätze für die Verteilung der Zufuhrlarten aufgestellt worden, die eine möglichst gerechte und gleichmäßige Behandlung gewährleisten sollen. Im den Brotkommissionen eine sichere Grundlage für die Beurteilung der Tätigkeit des einzelnen Antragstellers zu geben, soll von dem Arbeitgeber ein Schein über die Arbeitstätigkeit ausgefüllt werden. Vorbrücke solcher Bescheinigungen sind bei den Brotkommissionen erhältlich, werden aber auch, um die Tätigkeit der Brotkommissionen zu entlasten, den größeren Betrieben zugehen und können von ihnen bei der Abfertigung für Brotversorgung demnächst bezogen werden. Eine Ausgabe von zwei Zufuhrlarten an eine Person findet nicht mehr statt, und zwar schon von der nächsten Hauptverteilung der Brotarten, das heißt, vom 11. Dezember ab. Die übrige Kartierung tritt erst vom 1. Januar 1917 in Kraft. Es wird dringend empfohlen, die Arbeitgeberbescheinigung rechtzeitig zu beschaffen und der zuständigen Brotkommission einzureichen, damit diese die Bescheinigung nachprüfen und falls eine Zufuhrlarte bewilligt worden ist, eine solche am 1. Januar 1917 mit den Hauptarten zur Verteilung bringen kann. Den Personen, die einen Antrag nicht so rechtzeitig gestellt haben, daß bis zum 1. Januar eine Nachprüfung möglich war, kann zu diesem Zeitpunkt eine Zufuhrlarte nicht mehr zugestellt werden.

Wo bleibt der Sauerkehl?

In Groß-Berlin ist zurzeit so gut wie gar kein Sauerkehl aufzutreiben. Dabei ist die Ernte in Weißkehl, aus dem Sauerkehl bereitet wird, sehr reichlich ausgefallen, und es sind ja erhebliche Mengen Weißkehl auch nach Groß-Berlin, wo sich zahlreiche Sauerkehlfabriken befinden, gelangt. Nach Angaben aus Kleinhandelskreisen halten die Sauerkehlfabrikanten die Herstellung nicht für lohnend genug, wenn der Höchstpreis für Weißkehl 9 Pf., der Höchstpreis für Sauerkehl 16 Pf., die Differenz also 7 Pf. beträgt. Früher waren diese Fabrikanten natürlich mit einem sehr viel geringeren Verdienst zufrieden. Erhielt man doch vor dem Kriege zwei Pfund Sauerkehl für 15 Pf., oder zeitweilig das Pfund für 5 Pf. Die Ernte, daß keine größere Nachfrage bestehe, da Sauerkehl nur mit viel Zeit gelocht werden könne, ist unbegründet. Unsere Hausfrauen haben gelernt, Sauerkehl auch mit Kefir ganz schmackhaft zuzubereiten. Die Nachfrage ist also tatsächlich groß. Man will lieber ein Pfund Sauerkehl als zwei Pfund Weißkehl haben. Was sagt die Sauerkehl-Kriegsgesellschaft dazu? Wird jetzt wirklich kein Sauerkehl hergestellt, oder wird die hergestellte Ware nach Belanther Schablone zur U r d e g e h a l t e n, um die Erhöhung des gegenwärtigen Höchstpreises zu erzwingen?

Die Zufuhr von Weihnachtsschäumen

wird voraussichtlich auch in diesem Jahre so ausreichend sein, daß allen Nachfragen genügt werden kann. Im vorigen Jahre wurden Weihnachtsschäume schon Anfang Dezember zum Kauf angeboten, und zwar zu sehr hohen Preisen. Auch jetzt sind bereits Schäume eingetroffen. Angestrichene Leute zahlten damals die übertriebenen Forderungen. In der letzten Weihnachtswoche aber sanken die Preise infolge des Ueberangebots so stark, daß man am Weihnachtshelg-

abend einen hübschen Baum schon für 10 Pf. haben konnte. Viele Tausende von Bäumen wurden überhaupt nicht abgesetzt. Es würde auch diesmal ganz verkehrt sein, vorzeitig hohe Preise zu zahlen, die sicher wieder gefordert werden. Die Zufuhr dürfte mehr als genügen, weil in zahlreichen Familien schon wegen des Lichtmangels oder wegen der teuren Preise für Licht auf den Weihnachtsbaum gänzlich verzichtet wird.

Ueber die Einschränkungen im Personenverkehr
der Staatsbahnen sind neuerdings Mitteilungen verbreitet worden, die weder im ganzen noch im einzelnen zutreffen. Die Notizen müssen den Eindruck erwecken, als ob eine neue zweite Einschränkung geplant wäre. Die Maßnahme kann im großen ganzen und im allgemeinen als durchgeführt gelten. Einige weitere Änderungen sind mit dem 1. Dezember eingeführt worden. In der Hauptsache wird die Maßnahme mit den Beschränkungen im Verkehr der Berliner Stadt- und Ringbahn am 4. Dezember abgeschlossen sein. Neue Fahrpläne sind überall, meist zum 15. November eingeführt. Das schließt nicht aus, daß im Laufe der nächsten Wochen noch einzelne Ergänzungen notwendig sind. Es handelt sich aber immer nur um einzelne Züge oder um den Lauf einzelner Speise- und Schlafwagen. Bei der großen Ausdehnung und den Schwierigkeiten der ganzen Maßnahme ist es begreiflich, wenn das eine und das andere nachgeholt wird. Wenn das gewünschte Ergebnis erzielt ist, sind auch keine weiteren Einschränkungen zu erwarten. Es besteht durchaus nicht die Absicht, Speise- und Schlafwagen fast ganz auszuhebeln, wie dies behauptet worden ist. Diese werden auf den Hauptstrecken, insbesondere nach dem Westen und dem Osten, nach wie vor verkehren, wo ein Bedürfnis dafür vorliegt. Nur aus minder wichtigen Zügen werden sie nachträglich entzogen. Schon im November ist der Lauf einzelner Speisewagen auf die Strecken des Bedarfs beschränkt worden. Die erste Klasse hat man schon längst aus dem größten Teil der Personenzüge entfernt. In den D-Zügen wird sie in dem bisherigen Umfang beibehalten.

Im übrigen wird doch jeder Reisende gut tun, sich rechtzeitig über die Fahrgelegenheiten und Fahrzeiten zu vergewissern, da auf manchen Strecken eine ganze Reihe von Zug- und Abfahrtsverschiebungen vorliegen sollen.

Urbarmachung von Uedland.

Witten im Kriege hat Berlin eine wertvolle Arbeit in Angriff genommen und fast vollendet. Der ehemalige öde Müllablagelast in Spreenhagen an der Oberpreze ist in einen ertragreichen 105 Morgen umfassenden Acker umgewandelt worden. Die Verge sind vorwiegend, nur ein Acker, der nun auch abgetragen wird, erinnert noch an die ursprüngliche Bestimmung. Schotten und Rüssen haben mitgeholfen. Bedeutende Mengen von Scherben mußten am „Scherberg“ gesammelt und abgefahren werden. Das dann meliorierte Land ist nun gefruchtet und in bester Kultur. Zahlreiche Schafe finden dort ihr Futter, wo früher aus ödem Sandboden nicht einmal ein Grassalm wachsen wollte. Heute gedeihen dort auf dem fruchtbaren Boden außer Getreide noch Gemüse und Obst. Die beiden Müllberge sind benützt worden zur Auffüllung der Flächen. Der Müll ist untergepflügt und dann so ertragreich geworden, daß heute nichts mehr an die Berliner Herkunft erinnert.

Die Altersrente.

Infolge der Herabsetzung der Altersgrenze für die Erlangung der Altersrente vom 70. auf das 65. Lebensjahr sind bei dem Versicherungsamte der Stadt Berlin seit dem Inkrafttreten des Gesetzes, seit Ende Juni, 5578 Anträge auf Altersrente gestellt worden. An dem Tage des größten Geschäftsvorlesers wurden gegen 400 Anträge entgegengenommen. Die Zahl der Fälle, in denen mündlich Auskunft über die Berechtigung zum Bezuge der Rente erteilt wurde, war außerdem groß. Trotzdem infolge der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse geschulte Kräfte nur in geringer Zahl zur Verfügung standen, ist es dem Versicherungsamte gelungen, die Arbeiten, die jetzt in der Hauptsache als beendet zu betrachten sind, durchzuführen und durch geeignete Vorkehrungen dafür zu sorgen, daß die Abfertigung der Rentenbewerber sich ohne unnötiges Warten glatt vollzog.

Städtische Mädchenmittelschulen. Zu der gestern auch von uns gebrauchten Berichtstatternotiz schreibt der Magistrat: Die stellvertretende Direktion der Bogelerischen Höheren Töchter-schule ist an den Magistrat wegen Übernahme ihrer Schule noch gar nicht schriftlich herangetreten. Es schweben zurzeit nur unverbindliche mündliche Verhandlungen. Frau Direktor Bogeler hat allerdings wohl die Absicht, in absehbarer Zeit ihre Schule der Stadt zu übergeben, legt aber den größten Wert darauf, sie vorläufig in der alten Form als Höhere Töchterchule weiterzuführen. Eine Veranruigung der Eltern und auch der angestellten Lehrer und Lehrerinnen, als würde die Verwandlung in eine Mittelschule unmittelbar bevor, ist demnach nicht am Platze.

Die städtische Volkspeisung. Die Anmeldungen zur Berliner städtischen Volkspeisung sind in dieser Woche um nicht weniger als 7002 gestiegen. An der Spitze der Volkspeisung steht noch immer die in der Dresdowstraße mit mehr als 13 000 Teilnehmern. Dann folgt die in der Landberger Allee (städtischer Vieh- und Schlachthof) mit 10 500 Teilnehmern. Stark ist auch die Beteiligung in der Küche in der Zentralmarkthalle gestiegen, wo zurzeit rund 9000 Personen an der Speisung teilnehmen.

Die Ausstellung für Kleinkinderfürsorge, die seit September im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Postdamer Str. 120, der Bestimmung unentgeltlich offen steht, soll bis zum 6. Januar geöffnet bleiben, bevor sie (nach Schluß der Weihnachtsferien) als Wanderausstellung in andere Städte des Deutschen Reiches geht. Die regelmäßigen Führungen werden von jetzt ab freitags von 4-6 Uhr stattfinden. Nach vorheriger Anmeldung für eine größere Teilnehmerzahl können besondere Führungen auch zu anderen zu vereinbarenden Zeiten veranstaltet werden.

Botanischer Garten in Dahlem. Sonntag sind von 11-2 Uhr das Botanische Museum und von 11-4 Uhr die Schauhäuser des Botanischen Gartens ohne Einlasskarten zugänglich; doch haben Kinder unter zehn Jahren, auch in Begleitung Erwachsener keinen Zutritt. Besonders lebhaft sind jetzt außer dem großen Tropenhause die Abteilungen für Farne, Orchideen und Kraczen, ferner das große Kalthaus mit dem Blumengang. Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf aufmerksam gemacht auf die neu erschienenen Führer durch das Museum und auf den Führer durch die Schauhäuser, welchem auch eine Eintrittskarte für viermaligen Besuch an den Wochentagen beiliegt.

Märchenvorlesung. Am Sonntag, den 3. Dezember wird Friedel Gintze in der Deffentlichen Lesehalle der Deutschen Gesellschaft für ethnische Kultur, Rungestr. 25, Märchen vorlesen. Eintritt frei. Anfang pünktlich 8 1/2 Uhr.

Die Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften im Gewerkschaftshaus ist heute Sonnabend, von 6-9 Uhr, morgen Sonntag, von 8 1/2-7 Uhr geöffnet. Die Schriften zur Bekämpfung der Schundliteratur gelangen zur Ausgabe. Kinder haben nur in Begleitung von Erwachsenen Zutritt.

Wegen Kriegsmüchens verhaftet wurden gestern ein kleiner Schlächtermeister aus der Langhandstraße zu Weihensee und sein Weib. Der Meister nahm in der letzten Zeit umfangreiche Schlachtungen vor und packte das Fleisch, das er nicht unteruchen ließ, zunächst in Tonnen. Er behauptete dann, daß diese Sauerkraut enthielten und deckte sie zur Verfestigung dieser Vorpiegelung auch mit Strohblättern zu. Heimlich verkaufte er hierauf das Fleisch aus den Tonnen. Das wurde aber doch beobachtet und gelangte zur Kenntnis der Kriminalpolizei. Beamte des Kriegsmüchens-Dezernats nahmen eine Durchsuchung vor und fanden in einigen Kästern noch die Weine und Felle geschlachteter Tiere. Das Fleisch hatte der Fleischhändler schon zu Wucherpreisen verkauft. Meister und Weib wurden verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Zu seinem Berufe tödlich verunglückt ist der 49 Jahre alte Klempner Albert Jilinski. Der Mann löste in der Gütchiner Straße an einem Benzintank. Obgleich dieser geleert war, so gab es doch eine Explosion, die ihn so schwer verletzte, daß er im Krankenhaus am Leben starb.

Eisenbahn-Zusammenstoß. Ein aus Richtung Küstern kommender Personenzug fuhr heute nachmittags 8 Uhr 35 Minuten in den Bahnhof Kaulsdorf auf eine auf dem Bahrgleise stehende Lokomotive, wodurch sieben Personen meist leicht verletzt wurden. Der Betrieb ist durch Umleitung der Züge auf dem Bahnhofs aufrecht erhalten.

Aus den Gemeinden.

Schöneberg. Die freiwillige Kriegshilfe bittet um Meldung von Familien in Schöneberg, die bereit sind, unentgeltlich oder gegen angemessenes Entgelt Kinder von arbeitenden Frauen in sorgfältige und liebevolle Tages- oder Ganztagspflege zu nehmen. Es handelt sich vorwiegend um Vorkurspflichtige oder jüngere Schulkinder. Das Mittagessen kann geliefert werden, so daß größere Ausgaben und Ernährungsschwierigkeiten nicht entstehen. Meldungen zu näheren Vereinbarungen im Neuen Rathaus, Berlin-Schöneberg, Zimmer Nr. 54.

Ankauf eines Braunkohlenbergwerks in Neudölln. Bekanntlich hatte sich die Neudöllner Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung vom 16. November mit dem Ankauf eines Braunkohlenbergwerks beschäftigt und eine Kommission von 9 Stadtverordneten und 6 Magistratsmitgliedern zur Prüfung des Materials eingesetzt. Die Kommission hat sich grundsätzlich dahin ausgesprochen, daß der Ankauf des Bergwerks zu empfehlen ist. Das Bergwerk wird von besonderer Bedeutung für die städtischen Werke wegen ihres großen Kohlenbedarfs sein. Man hofft außerdem auf einen erheblichen Gewinn. Erneut hat sich nun die Stadtverordnetenversammlung mit der Angelegenheit beschäftigt, sich grundsätzlich mit dem Ankauf einverstanden erklärt und eine neue Kommission zur Ausarbeitung der Verträge eingesetzt. Erworbene sollen das gesamte Kohlenvorhaben und außerdem 270 Morgen an Bodenfläche werden. Daneben kommt auch noch der Erwerb eines Rittergutes hinzu, um eventuelle Verwidelungen, die zwischen Abbauberechtigten und Grundeigentümern entstehen können, zu vermeiden. Das Kohlenbergwerk liegt in der Provinz Brandenburg.

Weihensee. Die Verzögerung der Genehmigung der Fischlinienpläne und Bebauungspläne in den Vororten durch die Aufsichtsinstanzen, insbesondere durch den Zweckerband, verursacht den Gemeinden manche Schwierigkeiten. Seit beinahe zehn Jahren wird ein neu eingereichter Bebauungsplan durch alle möglichen Hindernisse nicht zur Genehmigung gebracht, und diese Klagen hört man vielfach aus den nördlichen und östlichen Vororten. So hat die hiesige Gemeinde einen Vertrag mit einer Baugesellschaft abgeschlossen, wonach diese bis zu zwei Jahren nach Genehmigung des Bebauungsplans einen Strahenzug zwischen dem Weihen See und dem Dranke-See in Hohen Schönhausen im Zuge der Wagnerstraße neu anzulegen hat, der ein ganzes Viertel des Ortes neu erschließen würde und zugleich eine Hauptverkehrsader zwischen zwei benachbarten Vororten bilden würde. Die letzte Gemeindevertreterversammlung kam zu dem Entschluß, diesen Teil aus dem Gesamtbebauungsplan herauszunehmen und getrennt von dem Hauptbebauungsplan der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorzulegen. Man glaubt dadurch schneller zum Ziele zu gelangen.

Soziales.

Aufwandsentschädigung.

Kurz vor Ausbruch des Krieges hatte der Bundesrat für solche Familien, deren Söhne durch Ableistung ihrer gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstpflicht im Reichsheer, in der Marine oder in den Schutztruppen als Unteroffiziere oder Gemeine eine Gesamtdienstzeit von sechs Jahren zurückgelegt haben, die Gewährung einer Aufwandsentschädigung beschlossen. Sie beträgt jährlich 240 M. für jedes weitere Dienstjahr eines jeden seiner gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstpflicht genügenden Sohnes. Durch das Weiterdienen oder die Neueinberufung zahlreicher Wehrpflichtiger durch den Krieg ist die Frage natürlich längst akut geworden, ob auch diese Einberufung, wenn durch sie eine mehr denn sechsjährige Gesamtdienstzeit von Söhnen einer Familie bewirkt wird, den Anspruch auf die Aufwandsentschädigung rechtfertigt. Inzwischen liegen eine Reihe von Entscheidungen der zuständigen Stellen vor, die hierzu Stellung nehmen. Das preussische Kriegsministerium hat dahin entschieden, daß Eltern, deren Söhne infolge des Krieges weiterdienen mußten, für diese verlängerte Dienstzeit die Aufwandsentschädigung nicht zustehen, da die Entschädigung ohne Rücksicht auf den Kriegszustand mit der tatsächlichen Vollendung der gesetzlichen zwei- und dreijährigen Dienstzeit in Wegfall komme. Auch die Einberufung eines unausgebildeten Landsturmpflichtigen, über dessen Dienstverhältnis bereits endgültig entschieden sei, begründe keinen Anspruch auf Aufwandsentschädigung. Ebenso hat auch das bayerische Staatsministerium des Innern entschieden. Solche Wehrpflichtige, die bereits der Ersatzreserve oder dem Landsturm überwiesen, ausgeschlossen oder ausgemustert gewesen seien, aber während des Krieges zum Seeresdienst herangezogen oder freiwillig eingetreten seien, befänden sich nicht in der Ableistung der zwei- oder dreijährigen Dienstpflicht. Damit ist nun aber nicht gesagt, daß jeder Seeresdienst während der Kriegszeit für die Berechnung einer mehr denn sechsjährigen Gesamtdienstzeit unberücksichtigt bleibe. Die militärpflichtig Eingestellten und die freiwillig in das Reichsheer eingetretenen, die nicht schon vorher ihrer Dienstpflicht genügt hatten, sind als in Erfüllung ihrer gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstpflicht befindlich zu betrachten. Ihre Kriegsdienstzeit ist daher allgemein als aktive Dienstzeit voll in Anrechnung zu bringen. Ob sie vor oder nach Erreichung des wehrpflichtigen Alters liegt, ist ohne Belang.

Die Ansprüche auf Gewährung der Aufwandsentschädigung sind bei der Gemeindebehörde des Ortes, an dem der Berechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, anzumelden. Die Entscheidung über den Anspruch trifft die Landeszentralbehörde.

Die Arbeitsverhältnisse im Bäckergewerbe

beschäftigten erneut den Petitionsausschuß des Reichstages. In einer Eingabe der Zentralverbände der Bäcker und Konditoren, der Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter und des Gewerkschafts deutscher Bäcker und Konditoren wird gefordert: Das allgemeine Nachtarbeitsverbot von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, die Höchsttarbeitszeit von 10 Stunden für Erwachsene, von 9 Stunden für jugendliche Arbeiter, mit Essens- und Ruhepausen von einer halben bis höchstens zwei Stunden, die Sonntagsruhe von Sonnabend 10 Uhr bis Montag 6 Uhr, wobei jedoch je nach Betriebsgröße eine geringe Zahl von erwachsenen Arbeitern für Vorarbeit eine Stunde lang beschäftigt werden dürfen und am Sonnabend

zwei Ueberstunden gestattet sein sollen; diese letzteren Bestimmungen sollen auf mehrtägige Feste sinngemäße Anwendung finden. In der sehr ausführlich begründeten Eingabe wird die gesamte einschlägige Gesetzgebung des Auslandes zusammengestellt. Es fehlt nicht an Gegeneingaben von Innungsverbänden, die zum Teil Aufschieben der Entscheidung bis nach dem Kriege fordern, damit sich die eingezogenen Bäckermeister äußern können, zum Teil von den vorgeschlagenen Maßnahmen den Ruin des Gewerbes erwarten. Der Regierungsvertreter stellte als Ergebnis von Verhandlungen mit Vertretern aller Beteiligten fest, daß von sämtlichen Vertretern der Arbeitnehmer und von der überwiegenden Mehrzahl der Arbeitgeber anerkannt wurde, daß die Befreiung der Nachtarbeit im Interesse der Gesundheit und des Familienlebens der Bäcker erwünscht sei und auch durchführbar sei. Nur ein Teil der Arbeitgeber, insbesondere die Vertreter der südwestdeutschen Bäckermeister, äußerten wirtschaftliche Bedenken dagegen. Es ist in Aussicht genommen, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten und vorzulegen, über dessen Inhalt zurzeit keine Mitteilung gemacht werden kann. Die neuen Bestimmungen würden gegebenenfalls in Kraft treten, wenn die jetzt geltenden Vorschriften aufgehoben werden.

Der Ausschuß beantragt, die Petition betr. das Nachtarbeitverbot dem Reichstagskanzler zur Berücksichtigung, betr. die Sonntagsruhe als Material zu überweisen.

Der erzielte Lohn gilt nicht als Maßstab für die Herabsetzung einer Rente.

So entschied kürzlich das Reichsversicherungsamt. Der Arbeiter R. erlitt 1909 durch Betriebsunfall eine Verletzung des rechten Unterarmes, infolgedessen Versteifung der Hand und der Fingergelenke eintrat. Die rechte Hand ist dem Verluste gleich zu erachten. R. erhielt eine Teilrente von 66% Proz. Diese Rente vom 66% Prozent ist im Dezember 1910 vom Reichsversicherungsamt bestätigt worden, indem Gewöhnung angenommen wurde. Durch Bescheid vom 11. Juni 1915 setzte die Berufsgenossenschaft die Rente auf 55 Proz. herab, wobei weitere Gewöhnung geltend gemacht wurde.

Das Kgl. Oberversicherungsamt Groß-Berlin änderte den Bescheid dahin ab, daß R. eine Rente von 80 Proz. zugesprochen wurde. Zur Begründung wurde angeführt, daß sich der Verletzte an die Folgen des Unfalles gewöhnt habe, da er fast denselben Lohn verdiente wie vor dem Unfall.

Gegen diese Entscheidung wurde Rekurs eingelegt. Das Reichsversicherungsamt verurteilte die Genossenschaft zur Weiterzahlung der bisherigen Rente von 66% Proz., indem es erklärte, daß der Zustand der Hand nach den ärztlichen Feststellungen unverändert geblieben sei, mithin der Zustand der Hand dem Verluste gleich zu erachten wurde.

Das Reichsversicherungsamt betonte, daß der Verletzte auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt immer noch um 66% Proz. geschädigt ist. Wenn er auch den Lohn von 80 M. wöchentlich verdiene, so würde er, wenn er diese Stelle verlöre, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eine andere Beschäftigung nur schwer und zu einem wesentlich schlechteren Lohn finden. Die jetzigen Lohnverhältnisse des R. sind also nicht als Maßstab für seine Erwerbsfähigkeit anzusehen.

Der Verletzte hat Glück gehabt. Obgleich das Urteil eigentlich selbstverständlich ist, muß festgestellt werden, daß das Reichsversicherungsamt schon sehr oft anders entschieden hat. Noch öfter allerdings lassen sich die Oberversicherungsämter und insbesondere die Ärzte bei der Feststellung der Erwerbsbeschränkung lediglich davon leiten, welchen Lohn der Verletzte gegenüber dem vor dem Unfall bezog. Ist er höher, so spielt man ihn gegenüber dem Verletzten aus; ist er geringer, so erklärt man, daß andere Ursachen hierbei in Frage kommen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Werkzeugarbeiter Hermann Scholz am 28. November an Nervenleiden gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 2. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomaskirchhofes in Neudölln, Hermannstraße, aus statt. Rege Beteiligung wird erwartet.	Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Filiale Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler Karl Frank am 28. November verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 2. Dezbr., nachmittags 3 1/2 Uhr, am dem Thomaskirchhof in Neudölln, Hermannstraße, statt. 136/16 Die Ortsverwaltung.
Nachruf. Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Revolverdreher Adam Karl am 25. November an Zuckerkrankheit gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Nachruf. Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied Marie Januschewski am 14. November an Bauchschmerzen gestorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltung.	Beerdigungsverein der Zimmerleute Groß-Berlins. Am Donnerstag, den 30. November, verschied ein Herzschwäche im Alter von 67 Jahren unser langjähriges Mitglied, Kamerad Ferdinand Riemann Gubener Straße 11. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Montag, den 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 15688 Der Vorstand.
Verband der Bureauangestellten Deutschlands. Ortsgruppe Groß-Berlin Am 28. November verstarb unser Mitglied, Krankenkasienangestellter Franz Breska (Allgem. Ortskrankenkasse Berlin) im 65. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 2. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, am dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde von der Leichenhalle aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 46/11 Die Ortsverwaltung.	Allen Verwandten, Bekannten und Freunden die tieftraurige Nachricht, daß unsere älteste Tochter Charlotte Zubeil am 30. Novbr., nachm. 4 1/2 Uhr, im Alter von 23 Jahren plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet Morg. Zubeil, zurzeit im Felde, Tiersee Zubeil. Als Geschwister: Grete, Hans und Fritz. Der Tag der Beerdigung wird noch bekanntgegeben. 15706
Marken Hilferr seit 1879 Jean Holz HAMBURG, I. 3	Nachruf. Ganz unerwartet verstarb unser lieber Kollege, der Mechaniker Erich Meißner im 18. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! Abteilung Drahtlose der Firma G. Lorenz.

Zur Beachtung für unsere Abonnenten



Goethes heines Reinters Werke

Jedes Werk kostet 5 Mk.
und ist einzeln zu haben

In je drei geschmackvollen Bänden erhält der Arbeiter all das, was unsere großen Dichter und Denker an Unvergänglichem und Wertvollem geschaffen haben, und diese unvergängliche Quelle geistiger Erquickung, Erhebung und Bildung sollte in keiner Arbeiterwohnung fehlen. Was früher nur dem Besitzenden zu erlangen möglich war, kann sich hier auch der Arbeiter erwerben. Und schon mit Rücksicht auf die heranwachsende Jugend sollte auf keinem Weihnachtstisch wenigstens eines der hier aufgeführten Werke fehlen. Dem Wunsch, billige Klassiker Ausgaben für die Arbeiter zu schaffen, ist unser Parteiverlag im Einverständnis mit dem Parteivorstand nachgekommen. Arbeiter, macht hiervon ausgiebigen Gebrauch.

Befestigen.

Unterschiedliche Befestigung hiermit frei. Soust 6ct

Goethes heines Reinters Werke

Name:
Wohnung:

8. Preussisch-Süddeutsche (234. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 5. Klasse 21.ziehungstag 1. Dezember 1916

Jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne, und zwar je einer auf die volle gleiche Nummer in den beiden Ziehungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 Mk. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr v. St. u. f. B.) (Nachdruck verboten)

Table of lottery numbers for the 8th Prussian-South German Class Lottery, 5th Class, 21st drawing day, December 1, 1916. The table lists numbers in columns, with some numbers in parentheses indicating prizes over 240 Mk.

8. Preussisch-Süddeutsche (234. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 5. Klasse 21.ziehungstag 1. Dezember 1916

Jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne, und zwar je einer auf die volle gleiche Nummer in den beiden Ziehungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 Mk. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr v. St. u. f. B.) (Nachdruck verboten)

Table of lottery numbers for the 8th Prussian-South German Class Lottery, 5th Class, 21st drawing day, December 1, 1916. The table lists numbers in columns, with some numbers in parentheses indicating prizes over 240 Mk.

8. Preussisch-Süddeutsche (234. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 5. Klasse 21.ziehungstag 1. Dezember 1916

Jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne, und zwar je einer auf die volle gleiche Nummer in den beiden Ziehungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 Mk. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr v. St. u. f. B.) (Nachdruck verboten)

Table of lottery numbers for the 8th Prussian-South German Class Lottery, 5th Class, 21st drawing day, December 1, 1916. The table lists numbers in columns, with some numbers in parentheses indicating prizes over 240 Mk.

8. Preussisch-Süddeutsche (234. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 5. Klasse 21.ziehungstag 1. Dezember 1916

Jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne, und zwar je einer auf die volle gleiche Nummer in den beiden Ziehungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 Mk. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr v. St. u. f. B.) (Nachdruck verboten)

Table of lottery numbers for the 8th Prussian-South German Class Lottery, 5th Class, 21st drawing day, December 1, 1916. The table lists numbers in columns, with some numbers in parentheses indicating prizes over 240 Mk.

Cigarren, Cigaretten, Kautabake
F. Ernst Borch, Kassestr. 21.
Alkoholische Getränke
Franz Abraham
Bank Meesing u. Röhmerstr. 10.
Bad-Anstalt
Central-Bad Anzengruberstr. 25.
Diana-Bad Koppstr. 33.
National-Bad Brunnenstr. 1.
Passage-Bad Damm 73.
Reform-Bad Wiener Str. 65.
Bäder- u. Kautabakereien
Oskar Hanke's Brothack.
75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Naukitten u. Treptow
gegründet 1892.

Erscheint 2 mal wöchentlich.
Bezugsquellen-Verzeichnis.
August Holz 15 Detail-Geschäfte.
Uhly & Wolfram
Bierbrauerei, Bierhandlung.
Brauerei Bötzwil
empfehlen
Qualitätsbiere
C. Habels Brauerei
hell - Nebeltränke - dunkel.
Münchener Brauhaus
Berlin und Osnabrück

Trinkt Wanninger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt,
Falkenstr. 27. Tel. 501. 2033
Drogen und Farben
Wander-Druckerei, Berlin, Kottbusser Str.
Essigfabriken
Timmer-Essig
überall erhältlich!
Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck
Inh.: Horm, Garbach
Charlottenburg, Berlin, Kottbusser Str. 27.
Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gercke, Petersburgerstr. 11
Otto Kugel, Alte Jacobstr. 26.
Kolonialwaren
Adam Schmilg, Schönebergstr. 11.

Eisen, Stahl, Waffen, Werkz.
Carl Jung, Strosstr. 21.
Rohmann, P. Möllersstr. 14, H. Heest
Herron u. Knabengard
J. Baer
Wendstr. 20, Ecke
Prinzen-Allee,
Lenke & Siropocki, Schick-Allee 7
Fabrich & Co. Kottbusser Allee
Hofmann, Nützen, Pelzwaren
Vester, E. Kottbusser-
Allee 14/15
Wahlhandlungen
Bethke, Georg, Kottbusser-
Allee 11, Ecke 11, Friedrichstr. 44-
Str. 44, Weststr. 15, Friedrichstr. 23
Tegeler, Gräbe-Str. 41.
Gaegle, Otto Charlotten-
burg,
F. W. Sichter Wrangelstr. 75
Ecke Cuvrystr.

**Kurz-, Weiß-, Woll-, Filz-,
Hermann Meyer, Schreibmaschinenstr. 11.
Photogr. Apparate
M. Albrecht 30, Kottbusserstr. 2,
auch Geleisenheidestr.
Nähmaschinen
Bellmann, E. Godnowstr. 28
Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.
Optiker, Mechaniker
Schubert, Carl, Nolln. Bergstr. 148
Schreibwaren
O. Prochnow, 21, Mittelstr. 11, Wriez.**

Weine, Liköre, Fruchtsäfte
Kugo Beling
50 Filialen in allen Stadtteilen.
**Herm. Meyer & Co., Act.-
Ges. a. S.** 55, O. Veitstr. 11, Gr.-Berl.
Uderberg
SEMPER IDEM
Uhren u. Goldwaren
Lohmann, Alb., Frankl, Altes
Versicherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung - Schützen-
Bierkassenversicherung - Straße 3.
Spandau
Schubert, Carl, 21, Mittelstr. 11, Wriez.

Leihhaus Moritzplatz 58a
Größtes Gelegenheits-Kaufhaus dieser Art für Herren- und Damen-Garderobe,
Pelz- u. Schmucksachen. Tägl. Verkauf von Kavaliere wenig getragener sowie im
Versatz gewesener Jackett-, Rock-Anzüge, Paletots, Ulster, teils aus Seide, enorm billig.
Großes Lager in neuer Halbgarderobe, aus feinsten Stoffen in erstklassiger Verarbeitung.
Große Auswahl in Damen-Kostümen, Ulstern, Plüsch- u. Astrachan-Mänteln bis zur
feinsten Ausführung. Gelegenheitskäufe in Pelzkragen, Pelzerinnen, Skunks, Marder,
Nerz, Alaska, Blau- und Weißfuchs u. a., in modernster Ausführung, statt 40-250 Mk. jetzt
20-125 Mk. Große Auswahl in Herren-Gehelpen, Damen-, Reise-, Wagen-Pelzen.
Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche,
Uhren, Ringe, Brillanten zu enorm billigen Preisen. „Vorwärts“-Lager erhalten 10% extra.

Eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände

Am 20. bis 22. November in Berlin statt. Es waren Fragen der Kriegsfürsorge und Uebergangswirtschaft, mit denen sie sich in erster Linie zu beschäftigen hatten; aber auch innere Streitfragen der Arbeiterbewegung gehörten zu ihren Beratungsgegenständen. Die Rücksicht auf die Behandlung dieser Fragen in der Presse hatte Veranlassung gegeben, auch die Gewerkschaftsredakteure zur Teilnahme an dieser Konferenz einzuladen, und so war die Konferenz doppelt so stark besucht, wie die früheren Konferenzen.

An erster Stelle wurde die Monopolfrage erörtert, die durch ein instruktives Referat von W. Jansson eingeleitet wurde. Die Beratung dieser Frage nahm Bezug auf diejenigen Arbeiterforderungen, die bei einer nach dem Kriege zu erwartenden Verstaatlichung größerer Zweige der Privatwirtschaft im Interesse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu erheben seien. Der Referent legte dar, daß die Bestrebungen der Monopolisierung wichtiger Industrien und Erwerbsquellen zugunsten des Finanzbedarfs von Reich und Staaten nach dem Kriege sich kreuzen mit Strömungen in Unternehmerkreisen, dem Reich im Wege der Zwangsindustrialisierung größere Steuererträge zur Verfügung zu stellen, ohne deshalb mit dem System der Privatwirtschaft zu brechen. Die Gefahr liegt nahe, daß solche Zwangsindustrialisierungen im Interesse der Arbeiter zu erheben, wie für Reichs- und Staatsmonopole. Der Redner wies auch darauf hin, daß das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ als führendes Organ der Arbeiter die Monopolfrage hinsichtlich der einzelnen Erwerbszweige von fachverständigen Mitarbeitern behandeln lasse, und daß weiterhin eine wissenschaftliche Bearbeitung dieser Materie bereits im Druck sei, die in Kürze erscheinen werde. Die Beratung dieses Problems füllte fast den ganzen ersten Verhandlungstag aus. Neben Anschauungen, die der Monopolisierung bedenkenlos zustimmten, traten auch solche hervor, die sich vom Standpunkte der Arbeiterklasse sowohl als Lohnarbeiter wie auch als Verbraucher ernst Bedenken nicht verhehlten. Einig war man sich jedoch in der Auffassung, daß man der Verstaatlichung von Industriezweigen nicht ohne bestimmte Garantien für die rechtlichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zustimmen dürfe. In diesem Sinne verständigte man sich über die zu erhebenden Forderungen und über die Art ihrer Geltendmachung durch die Generalkommission, wie im Bedarfsfalle durch die Organisation der von Monopolplänen betroffenen Arbeiterbezüge.

Den nächsten Beratungspunkt bildete ein Antrag des Verbandes der Schuhmacher vom 22. Juli d. J. auf die Tagesordnung der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände die Frage der „Erhaltung des Parteistreichs von den Zentralverbänden“ zu setzen. Der Referent des Verbandes, Genosse Simon, hatte an der Haltung der Generalkommission sowie des „Correspondenzblattes“ in dem Parteistreich lebhaften Anstoß genommen und eine neutrale Haltung verlangt. Der Vertreter der Generalkommission, Genosse Silbermann, hatte dargelegt, daß die Generalkommission und ihr „Correspondenzblatt“ nicht bloß berechtigt waren, zu dem in der Spaltung der Reichstagsfraktion gipfelnden Parteistreich im gewerkschaftlichen Interesse Stellung zu nehmen, sondern daß sie sich auch völlig im Einverständnis mit der Stellungnahme der Vorstände, sowohl zu Anfang des Krieges, als auch in der Konferenz vom 3. bis 7. Juli 1915 befanden, wie Genosse Simon recht wohl wisse. Er hatte nahegelegt, keine Entscheidung des Verbandes über die Generalkommission und ihr Blatt zu fällen, sondern diese Angelegenheit auf einer der nächsten Vorstandskonferenzen zur Erörterung zu bringen, womit sich Referent und Verbandstag einverstanden erklärt hatten.

Die Verhandlung dieses Antrages auf der Vorstandskonferenz nahm eine volle Sitzung in Anspruch. Der Standpunkt des Genossen Simon und des Redakteurs vom Schuhmacherverband, Genossen Tod-Gorha, daß die Gewerkschaften die Vorgänge in der Fraktion und Partei nicht angehen dürfe, wurde von keinem der zahlreichen Redner geteilt. Vielmehr wurde betont, daß es sich hier auch um ganz wesentliche Gewerkschaftsinteressen handele, zu denen die Gewerkschaften nach vor der Reichstagsfraktion (nämlich in der Konferenz vom 2. August 1914), Stellung genommen haben, daß die Haltung der Reichstagsfraktion sich durchaus mit den Interessen der Gewerkschaften decke, und daß es Pflicht der Gewerkschaften und ihrer Presse sei, im Sinne ihrer blühenden Forderungen zu wirken. Nicht das Eintreten für die Weiblichkeitsfraktion wirkte gewerkschaftschädigend, sondern der Disziplinbruch der Fraktionsminderheit und deren Fraktionspaltung, die die Vertretung der Gewerkschaftsforderungen im Reichstag entkräftet. Mit allen gegen drei Stimmen wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände ist sich noch wie vor völlig einig in der wiederholt festgestellten Auffassung, daß die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstago zum Krieg allein den Interessen der Gewerkschaften entspreche und noch entspricht. Sie lehnt die gegen die Generalkommission und gegen die Gewerkschaftspressen gerichteten Angriffe und Vorwürfe als durchaus unbegründet ab und geht zur Tagesordnung über.“

An dritter Stelle beschäftigte sich die Konferenz nach eingehenden Darlegungen mit den schon jetzt überhandnehmenden Be-

strebungen, die Kriegsteilnehmer als Krieger zu organisieren, wofür neben kameradschaftlichen Anknüpfungspunkten auch das Unterstützungswesen und die Kriegsfürsorge in den Vordergrund traten. Man solle diese Strömung nach dem Kriege nicht unterschätzen, sondern rechtzeitig geeignete Maßnahmen treffen. Der Verlauf der Diskussion zeigte, daß diese Frage noch eingehender Erörterungen in den Vorständen der Gewerkschaften bedürfte. Doch ergab sich darin Uebereinstimmung, daß die Gewerkschaften sich auch nach dem Kriege der Fürsorge für die Kriegsteilnehmer nicht entziehen können. Die Angelegenheit soll nach Klärung der Vorstände nochmals eine spätere Konferenz beschäftigen.

Zu dem bedeutungsvollsten Tagesordnungspunkte dieser Konferenz gestaltete sich die Stellungnahme zur Einführung einer Vaterländischen Hilfsdienstpflicht, über welche Begleit und Bauer von den Vorverhandlungen mit den zuständigen Regierungsstellen Bericht erstatteten. In diesen Verhandlungen, wie solche auch mit Vertretungen von Arbeitgebern stattgefunden haben, wurden die rechtlichen und wirtschaftlichen Wirkungen, die sich anher für alle Volksschichten, insbesondere für die Arbeiter ergeben, auf das Eingehendste erörtert und die Kautelen verlangt, die eine Schädigung der Arbeiterinteressen ausschließen. Das neue Gesetz solle kein einseitiger Arbeitszwang für Angehörige der Arbeiterklasse werden, sondern unterschiedslos alle männlichen Staatsbürger vom 17. bis zum 60. Lebensjahre zu Arbeiten im Interesse der Landesverteidigung bzw. Volksernährung heranziehen. Auf Frauen solle keinerlei Arbeitszwang ausgeübt werden. In Verhandlungen mit den zuständigen Stellen sei kein Deal daraus gemacht worden, daß man einem solchen Gesetz nur dann zustimmen könne, wenn ausreichende Garantien zum Schutze der rechtlichen und wirtschaftlichen Arbeiterinteressen geschaffen würden. Arbeiter, die nach anderen Orten versetzt würden, müßten Familienzuschüsse und Freifahrt für den Befehl ihrer Angehörigen erhalten. Ueber Differenzen aus örtlichen Verlegungen müßten paritätische Schlichtungskommissionen entscheiden. Die Lohnfrage müsse durch paritätische Ausschüsse, sowie durch Berufungsinstanzen geregelt und das Koalitionsrecht der Arbeiter bedingungslos anerkannt werden. Die Ausführungsbestimmungen könnten nicht dem Bundesrat allein überlassen bleiben, sondern müßten durch den Reichstag festgesetzt werden, denn auf die Durchführung komme es hauptsächlich an. Es wurde berichtet, daß die Arbeiterforderungen bei den militärischen Behörden stets ein weitgehendes Verständnis gefunden hätten als bei den Zivilbehörden, weshalb es besser sei, die Durchführung des neuen Gesetzes auf militärische Basis zu stellen. Die Konferenz stimmte nach kurzer Debatte den Grundrissen für die Sicherstellung der Arbeiterrechte in dem neuen Gesetzesentwurf zu.

Der Bericht der Generalkommission, der am dritten Tage gegeben wurde, gliederte sich in drei Abschnitte. Begleit berichtete über die allgemeinen Angelegenheiten, Bauer über eine Reihe von Spezialfragen und R. Schmidt über Ernährungsfragen. Der allgemeine Bericht erstreckte sich auf das Zusammenwirken mit sozialpolitischen Organisationen in Erziehungs- und Unterrichts-, Wohnungsreform- und Arbeiterrechts-, sowie Heimarbeitfragen, auf den Empfang einer skandinavischen Delegation von Arbeitervertretern, sowie den Besuch einer Anzahl ausländischer Pressevertreter, auf die Kriegsbeschädigtenfürsorge, Koalitionsrechtsfragen, Kriegsernährungsamt und Kriegsanleihe, auf das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes und auf einige interne Gewerkschaftsfragen. In dem Spezialbericht wurden Verhandlungen mit dem Zentralverband der Konsumvereine, Arbeitsnachweisfragen, der Spargkassa für Jugendliche, Weiblichkeitspolitik und Mutterschutz, Fürsorge für Kriegsfamilien, Zensurangelegenheiten und Organisationsfragen behandelt. Der Bericht von Robert Schmidt endlich gab eine eingehende Darstellung der gegenwärtigen Ernährungsnotlagen und der zwar aufreißenden, aber doch nicht erfolglosen Arbeit der Gewerkschaftsvertreter auf diesem Gebiete.

Daran schloß sich eine Erörterung der Ueberführung der Kriegsteilnehmer in die Friedenswirtschaft, die durch ein Referat von Bauer eingeleitet wurde. Der Redner schilderte die Aufgaben, denen die Volkswirtschaft nach dem Kriege gegenüberstehe, und die bislang getroffenen Vorbereitungen im Reichsamt für Uebergangswirtschaft. Eine Reihe von Mitarbeitern für Spezialfragen sei bereits herangezogen. Es müsse auch eine direkte Vertretung der Gewerkschaften in dem zu schaffenden Reichsamt gefordert werden. Weiter stellte der Redner eine Reihe von Arbeiterforderungen auf, wie die Gewährung eines Anrechtes auf Wiedereinstellung beim früheren Arbeitgeber, Einsetzung von Schlichtungskommissionen, Einführung der Arbeitslosenversicherung, Regelung der Einwanderungsfrage und Sicherung des Arbeiterlohnes und der Arbeiterversicherung. Rollenbuch ergänzte diese Ausführungen und empfahl, die Forderungen der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften zu sammeln und an den Ausschuss des Reichstags für Handel und Gewerbe einzufenden. In der Debatte wurde diese Anregung dahin erweitert, nicht bloß die auf die Uebergangswirtschaft, sondern auch die für die sogenannte Reorientierung in Arbeiterschaft, Arbeiterversicherung, Arbeiterrechts-, Arbeitsvermittlung, Koalitionsrechts-, Arbeitervertretungs- und sonstigen Fragen geltenden Forderungen, nicht minder die in das Gebiet der künftigen Wirtschafts- und internationalen Vertragspolitik einschlagenden Wünsche der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission zu übermitteln, die dieselben hätten und für eine geordnete Vertretung derselben sorgen wird. Hiermit fand die reichthaltige Tagesordnung der Konferenz ihre Erledigung.

Aus aller Welt.

Das Kriegsbrot des russischen Bauern. Unter der Ueberschrift: „Das Budget des Bauern“ schreibt „Ruhloje Slowo“: Wenn die Frage nach dem Brot an die erste Stelle gerückt ist, und Rußland 75 Proz. des Getreides vom Dorf erhält, so muß auch die Stimme des Dorfes gehört werden. Folgendes schreibt ein Bauer: „Vor dem Kriege kostete bei uns das Wehl 60 Kopeken. Alle 20 Rubel erhielten wir 10 Rubel und machten davon unsere Einkäufe. Ein Paar Stiefel kosteten 6 Rubel, Halbhufe für die Frau 3 Rubel, 30 Kränze für die Kinder 3,00 Rubel, 10 Pfund Zucker 1,30 Rubel, 3 Pfund Sahigletten 60 Kopeken, 5 Pfund Dreydeln 40 Kopeken, eine Flasche Wein 40 Kopeken, 10 Heringe 50 Kopeken und es blieben noch 5 Rubel für Steuern übrig. Jetzt sind Höchstpreise eingeführt worden, und der Bauer erhält für 20 Rubel Wehl im ganzen 31 Rubel. Die Stiefel kosten jetzt 26 Rubel, und was soll man für die übrig bleibenden 5 Rubel kaufen? Wie viel Getreide muß man verkaufen, um davon das zu erhalten, was früher 20 Rubel kostete? Stiefel kosten 26 Rubel, Halbhufe 20 Rubel, 30 Kränze für die Kinder 13,50 Rubel, 10 Pfund Zucker 2,50 Rubel, 3 Pfund Sahigletten 1,50 Rubel, 5 Pfund Dreydeln 1 Rubel, zehn Heringe 5 Rubel, im Summa 72,50 Rubel. Wie soll der Bauer, der schon früher halb und halb hungrig, jetzt leben können? Das zwingt uns, auf das Kernen zu verzichten und in das Proletariat abzuwandern.“

Ein Duell mit tödlichem Ausgang. Wie der „Tempo“ aus Madrid meldet, fand zwischen dem Prof. Gay, einem begabtesten Neuandere deutscher Kultur, und dem Publizisten Hermosa, dem Organisator der Ausstellung Raemakers, ein Duell mit tödlichem Ausgang statt. Gay hatte sich gegen die Wiedereröffnung in Andalusien gewandt, durch die sich der Publizist beleidigt fühlte. Er forderte eine Erklärung und Gay erwiderte, die Angelegenheit könne nur mit den Waffen erledigt werden. In dem Duell fiel Gay mit durchschossener Kehle; er starb bald darauf.

Gefrandet. „Cortiere della Sera“ meldet, daß der englische Dampfer „Kestor“, der mit Kohlen nach Livorno unterwegs war, vor vier Tagen an der dortigen Küste gestrandet ist. Das Schiff sei wahrscheinlich verloren, da es wegen des hohen Seegangs nicht habe flott gemacht werden können.

Eingegangene Druckschriften.

- „Rat, Aufführung, Hilfe“ für Kriegsernter, Kriegsteilnehmer und Angehörige derselben. Nach amtlichen Quellen bearbeitet von G. Sudte. 50 Pf. Selbstverlag in Berlin, Raumstr. 34.
- Wesentliche Anlagen für jeden Haushalt. Plan und Begründung einer Selbstversorgung von H. Keller. 1,20 M. — J. Hoff, Stuttgart.
- „Die kappeinnde Zeitwand“. Ein Plakat von R. Ros. 2,50 M. — Dr. Götter u. Co., Berlin SW 63.
- Der kleine Veier. Lustige und ernste Erlebnisse. Von F. Hanusch. Gebd. 80 Pf. — Neues Buch der Jugend. Von Emma Adler. (Erzählungen und Gedichte.) Gebd. 1,50 M. — J. Brand u. Co., Wien 6.
- Malanfänge. Gedichte von G. Morgenstern. 2,50 M., gebd. 3,50 M. — J. Götter, Berlin W 85.
- Trümmer. Erzählungen von C. Hahnwald. 80 Pf., gebd. 1,30 M. — Kaden u. Co., Dresden.
- „Blut und Eisen“. Kriegsnovellen von Kaiser Rappas. 1,50 M. — J. Hoffmann, Stuttgart.
- Das Koninchen. Seine Zucht, Pflege und Verwertung. Von A. Schumann. Geb. 1 M. — Franck, Stuttgart.
- Am die Sonnenwende. Kleine Gedichte von Ida Klamm-Bronn. 46 S. — Der Reich der Versteinerung. Von Ida Klamm-Bronn. 30 Pf. — Selbstverlag in Rombach, Lotzringen.
- In der Heimat. in der Heimat... Kriegsbilderalbum von A. Hennrich. Ganzlehen 10 M. — H. Langst, München.
- Montblacher Taschenrechner 1917. 80 Pf. — E. Reinhardt, Pflanz.
- Der Krieg 1914/16 in Wort und Bild. Heft 103—105. Jede Woche ein Heft. — Wie wir unser Offizier Kreuz erworben. Selbstverlag, bearbeitet von F. Pfeiffer v. Dinslage-Campe. Heft 17—20. Einzelheft 50 Pf. Gesamtpreis 10 M. — Dong u. Co., Berlin W 97.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Beiratsstelle findet für Abonnenten Studenten 5. IV. Hof rechts, Postkarte, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Beiratsstellen bestimmten Antrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbeziehung beifügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen frage man in der Beiratsstelle vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Beiratsstelle mit.

G. Kr. Sie haben keinen Anspruch auf Rückzahlung der Unterstützung, da die Verordnung erst später erlassen ist. — O. 13. Wegen allgemeiner Körperbeschwerden gelling Verwendungsunfähigkeit. — W. R. 42. Die Erfüllung zur Feuerbestattung kann vor einer Person, die ein öffentliches Siegel führt (z. B. Bezirksvorsteher, Schiedsrichter usw.) abgegeben werden.

— H. R. 41. 1. Ihnen wird die Unterstützung gewährt, da nach der Verheiratung sich Ihre Verhältnisse wesentlich verändert haben. 2. und 3. Ja. 4. An die zuständige Steuerklasse unter Vorlegung des Familienunterstützungsgescheins. — G. W. 2. 1. Der Fall wird Ihnen von der Volkshilfebehörde ausgestellt. 2. Inwiefern sind damit nicht verträglich. 3. Sie werden sich sofort darum bemühen müssen. — H. G. 47. Anspruch auf Unterstützung besteht nur, wenn die nach dem Gesetz vorgeschriebene Bedürftigkeit vorhanden ist. Ihre Tochter müßte sich nochmals an den Regierungspräsidenten wenden und um Beihilfeerteilung erlauben. Eine event. Beschwerde ist dann noch beim Minister des Innern zulässig.

Preiswerte gute Schuhwaren

in eleganter und solider Qualität bietet Ihnen mein heutiges Angebot, daher ist dasselbe besonders beachtenswert.

<p>Herrenstiefel, gute Qualität 17⁹⁰</p> <p>Damen-Schnürstiefel, gute Qualität 15⁹⁰</p> <p>Damen-Schnürschuhe, Lack u. Chvr. schwarz u. dr. v. 10⁹⁰</p> <p>Damen-Lederhauhschuhe, mit Spange, Leder- sohle und Fleck 5⁴⁵</p>	<p>Damen-Lederhauhschuhe, ohne Spange, 4⁸⁵</p> <p style="text-align: center; font-size: small;">Ledersohle und Fleck, warm gefüttert.</p> <p>Kinderstiefel bis Größe 31, warm gefüttert. 3⁹⁵</p> <p>Schwarze Kinderstiefel 27—30 31—35 10.90 11.45</p>	<p style="text-align: center;">Für den Winter.</p> <p>Imitierte Kamelhaarschuhe 30—42 2⁹⁵</p> <p>Imitierte Kamelhaarschnallenstiefel 31—35 27—30 28—29 3.95 3.45 2.95</p> <p>Schwarze Filzchnallenstiefel 27—30 31—35 3.45 3.75 3.95</p>
--	---	---

Schuhwaren in allen Ausführungen, die sich hier nicht alle einzeln aufführen lassen.

Schuhhaus Kuntze Nchfg.

Alles wird nach nur Gr. Frankfurter Str. 83, Ecke Marsiliusstraße, fahren.

Um jedem ermöglichen zu kommen, vergüte ich jedem Käufer 20 Pf. Fahrgeld.

Sonntags von 12—2 Uhr geöffnet.

Seit 45 Jahren als leistungsfähig bekannt.

Berechnen Sie bitte meine 5 Schaufenster.

Warenhaus Wilhelm Stein

70-71 Chausseestrasse ♦ BERLIN N. ♦ Chausseestrasse 70-71

Trikotagen und Strümpfe

Militär-Futter-Hosen	2 ⁷⁵ 5 ²⁵ 5 ⁷⁵
Militär-Strickwesten	6 ⁷⁵ 8 ⁵⁰ 11 ⁰⁰
Herren-Mako-Hosen	2 ⁵⁰ 3 ⁰⁰ 3 ⁵⁰ 4 ⁰⁰
Herren-Mako-Hemden	2 ⁵⁰ 3 ²⁵ 3 ⁷⁵
Militär-Schals	1 ²⁵ 2 ⁷⁵ 3 ⁷⁵
Leibbinden gestrickt	2 ²⁵ 2 ⁵⁰ 2 ⁹⁵
Kopfschützer Seide	1 ⁹⁵
Herren-Schweiss-Socken	Paar 1 ¹⁸
Herren-Socken plattiert	Paar 1 ⁹⁵
Herren-Socken plattiert	Paar 2 ²⁵
Herren-Socken reine Wolle, Paar	1 ⁹⁵ 1 ⁹⁵ 3 ⁰⁰

Handschuhe

Damen-Handschuhe Trikot mit Halbfutter mit 2 Druckknöpfen	Paar 95 Pl.
Damen-Handschuhe Schweden-Ersatz mit 2 Druckknöpfen	Paar 1 ²⁵
Damen-Handschuhe Schweden-Ersatz mit schwarzer Aufsicht und Druckknöpfen	Paar 1 ⁹⁵
Damen-Handschuhe Waschleder-Ersatz, weiss und gelb, mit neuer Ausstattung	Paar 1 ⁹⁵
Herren-Handschuhe Trikot mit Futter, 1 Druckknopf	Paar 1 ²⁵
Herren-Handschuhe Wildleder-Ersatz, durchweg gefüttert, Druckverschluss	Paar 1 ⁹⁵
Militär-Handschuhe feldgrau, gestrickt, extra stark	Paar 1 ⁹⁵
Militär-Handschuhe Trikot mit Wollfutter	Paar 1 ⁹⁵
Militär-Pelzhandschuhe	Paar 2 ⁹⁵

Handarbeiten

Läufer mit Spitze und Einsatz	Stück 1 ⁹⁵
Kissen mit Rückwand, gestickt	Stück 1 ⁹⁵
Läufer handgestickt, grau	Stück 3 ⁸⁰
Decken und Läufer gestickt	Stück 1 ⁹⁵
Waschtischgarnituren vorgez.	1 ²⁵ 1 ⁹⁵ 2 ⁰⁰
Decken braun, rund, mit Franze, vorgez.	Stück 95 Pl.
Kissen Aldstoff, handgestickt, Plattstich	Stück 1 ⁹⁵

Grosse Auswahl in Kartonagen und Madeira-Stickereien

Unsere Spielwaren-Abteilung im 3. Stock empfehlen wir besonderer Beachtung

Damen-Konfektion

Blusen aus reiner Seide, in modernen Macharten und schönen Farben	11.50, 9.90 8 ⁷⁵
Blusen reine Seide, beste Verarbeitung	15 ⁷⁵
Röcke aus farbigen Wollstoffen, in modernen Formen	13.50, 12.75 9 ⁷⁵
Röcke aus blauen u. schwarzen Wollstoff, Glockenf. m. Knopfgarn	21.50, 18.75 15 ²⁵
Imit. Astrachan-Paletots Glockenf., auch m. Gürtel zu tragen	52.00 49 ⁵⁰
Imit. Astrachan-Paletots sehr fesche Formen	75 ⁰⁰

Kleiderstoffe

Popelin Kaschmir und Serge, reine Wolle	4 ⁹⁵ 5 ⁵⁰ 7 ⁵⁰
Schotten in Wolle und Baumwolle für Blusen und Kinderkleider	1 ⁹⁵ 3 ²⁵ 5 ⁵⁰
Blusenstreifen in Wolle, Baumwolle u. Kunstseide, i. fein. Farbenstellung	2 ¹⁰ 3 ⁵⁰ 4 ⁵⁰
Halbseid.-u. Kunstseidenstoffe für Kleider in doppelter Breite, glatt gestreift und mit Tupfen	6 ²⁵ 9 ⁵⁰ 12 ⁰⁰
Eolienne in hellen und dunklen Farben	4 ⁵⁰ 7 ⁵⁰ 9 ⁵⁰
Mod. Blusenstoffe a. Chapp-Seide, gestr. u. kar., hltb. z. Qual., 70-110cmbr., Mtr.	4 ⁵⁰ 5 ⁷⁵ 6 ⁵⁰
Kleider-Seide in Taffet, Paillette u. Kaschmir, 80-100cmbr., n. mod. Farb., Mtr.	7 ²⁵ 8 ⁹⁵ 10 ⁵⁰
Linden. Körper-Velvet f. Kostüme und Mantelkleider, 55-70 cm breit, Mtr.	7 ⁰⁰ 9 ⁵⁰ 12 ⁵⁰

Damen-Wäsche

Damen-Fasson-Hemden a. feinem Renforcé mit br. Stickerei-Ansatz	Stück 3 ²⁵ 3 ⁹⁵ 4 ⁹⁵
Damen-Achselschluss-Hemden aus gutem Hemdentuch mit Langettenbesatz oder gestickter Passe	Stück 3 ⁴⁵ 3 ⁹⁵ 3 ⁹⁵
Damen-Knie-Beinkleider mit breit. Stickereivolant oder Banddurchzug und Einsatz	Stück 2 ⁹⁵ 3 ⁵⁰ 3 ⁹⁵
Damen-Knie-Beinkleider in Barch. m. Stickereivol. od. ang. webt. Langette St.	3 ⁷⁵ 3 ⁹⁵ 4 ⁵⁰
Damen-Nachtjacken l. Hemdentuch od. Barch. m. St. od. Langettenbes. Stk.	2 ⁴⁵ 3 ²⁵ 3 ⁶⁵
Damen-Nachthemden aus feinem Wäschestoff m. reicher Stickereigarn. Stk.	6 ⁵⁰ 7 ²⁵ 8 ⁹⁵

Leinen- u. Baumwollwaren

Bezüge mit 2 Kissen, weiss und bunt	8 ⁹⁵ 10 ⁹⁵ 12 ⁵⁰ 16 ⁹⁵
Hemdentuch	Meter 1 ⁰⁵
Renforcé	Meter 98 Pl. 1 ¹⁰ 1 ⁴⁵
Stickerei-Coupon 4,10 Meter	98 Pl. 1 ²⁸ 1 ⁴⁸
Stickerei für Wäsche Coupon 2,30 Meter	1 ⁴⁸

Tischzeuge

Tischtücher 130/130, Stück	2 ⁷⁵ 3 ⁷⁵
Tischtücher 130/160, Stück	3 ⁷⁵ 4 ⁹⁵
Tischtücher 130/200, Stück	5 ⁹⁵ 7 ⁹⁵
Servietten Dutzend	6 ⁹⁵ 8 ⁵⁰ 10 ⁵⁰
Stuben-u. Küchen-Handtücher Dutzend	10 ⁰⁰ 12 ⁹⁵ 14 ⁵⁰

Taschentücher

Batist-Tücher mit gest. Ecke, 1/4 Dtz. i. Krt.	98 Pl. 1 ²⁵ 1 ⁷⁵ 2 ⁵⁰ 3 ²⁵ 8 ⁰⁰
Buchstaben-Tücher 1/2 Dtz. im Kart.	1 ⁹⁵ 2 ⁵⁵ 2 ⁹⁵
Damen-Batist-Tücher weiss-buntkantig, 1/2 Dtz. im Karton	2 ²⁵ 2 ⁵⁰ 3 ⁷⁵ 4 ⁵⁰
Herren-Tücher buntkantig, 1/2 Dtz. im Karton	1 ⁹⁵ 2 ⁵⁰ 3 ⁹⁵ 4 ⁵⁰
Kindertücher mit bunter Kante, 1/2 Dtz.	1 ²⁵ 1 ⁵⁰
Militär-Tücher gebrauchsfert., St. 40, 50, 65 Pl.	
Seidene Tücher weiss und farbig	Stück 50, 75, 95 Pl. 1 ⁶⁵
Spizentücher in Seide und Batist	Stück 80, 95 Pl. 1 ¹⁰ 1 ³⁵

Korsette

Frack-Korsette aus grauem Drell	Stück 4 ⁹⁵
Frack-Korsette extra lang mit Halter	Stück 5 ⁹⁵
Frack-Korsette in weiss	Stück 7 ²⁵
Frack-Korsette waschbar und rostfrei	Stück 8 ²⁵

Untertailen

Damen-Untertailen deutsche oder amerikanische Form	Stück 1 ⁹⁵ 2 ¹⁵ 2 ⁹⁵
Blusen-Untertaille in eleganter Ausführung	Stück 5 ⁷⁵ 6 ⁵⁰ 7 ⁹⁵

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten
Wöchentlich einmal. Bei Einkäufen empfohlen.

Butter, Eier, Käse
P. H. Ackermann, 8 Filialen

Wohlhandlung
Königsberger Joh. Pietsch, Straße 20-27

Photograph. Ateliers
Hayn, Frankfurt Allee 95
geg. Ringbh. Frankl. Allen.
Th. Wenzel, str. 23 a. Andrasplatz

Schuh- u. Besohlanstalten
Petersburger St. Heinrich, Straße 48.

Warenhäuser
Königsberger Warenhaus Max Fleming, Allee-Strasse 11, Fern- u. Tel. 57-57

Zahn-Atelier Wohlhoff
Königsstr. 40 (am Alexanderpl.)

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden
Bei Einkäufen empfohlen.

Drogen, Farben
Benckendorf, Neue Reichstr. 19
Fleisch- u. Wurstw. Gutschmanns Centr., Währstr. 154

Herrn-, Dam., Knab- u. Mädchen-Garder.
O. Hoffmann, Veteranenstr. 14
fertig u. n. Maß

Kolonialwaren
M. Saagebarth, Strellitzer Str. 57

Wohlhandlungen
Wilk. Thomas, Reinickendorferstr. 14
Meißenhandlung

Wohlmagazine
L. E. Fink, Pankstr. 92

Wiese & Co., Tischlermeister



Weihnachts-
Karten, Programme, Plakate in gediegener Ausführung liefert die
Vorwärts Buchdruckerei
Berlin SW. 68 * Lindenstraße 3

Volkslieder
für Heim und Wanderung
im Auftrage der Zentralfstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands herausgegeben von Hermann Böse

Das Buch enthält auf 280 Seiten 300 Volkslieder mit Noten und eine Einführung in das Lautenspiel. 100 Lieder sind mit Akkordbezeichnung versehen, natürlich durchweg mit einfachsten Harmoniegängen. Klavier- und Lautenspielern wird diese Einrichtung willkommen sein.

Taschenformat in Leinen gebunden
Preis 1,50 Mark

Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Berlin C Wallstr. 13
Gardinen
Spezialfirma: Gardinenhaus Bernhard Schwartz